

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 1,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Silyphusarbeit oder positive Erfolge? V und VI.	529	Lohnbewegungen und Streiks. Streiks und Aus-	
Die neuen Steuern und ihre Wirkung auf die Volkswirtschaft. (Schluß).	532	Überungen	541
Wirtschaftliche Rundschau	534	Arbeiterversicherung. Vom Centralverband der	
Soziales. Die Schweizerische Heimarbeitaus-		Erstraftentallen im Deutschen Reich	541
stellung in Zürich	535	Kartelle und Sekretariate. Sekretär für Hamburg und	
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften.		Umg. gelucht	543
— Zur Abwälzung der Schnapstonsumsteuern	538	Mitteilungen. Mitteilung über eingegangene Unterstützungs-	
Kongresse. Vierter Verbandstag der Tapezierer	539	gelder für Schweden	543
		Hierzu: Literaturbeilage Nr. 8.	

Silyphusarbeit oder positive Erfolge?

V. Aus der Statistik des Verbandes der Steinseger und Pflasterer.

Durch eine im Jahre 1895 aufgenommene Statistik, die aus 117 Orten bezw. Lohngebieten brauchbares Material ergab, wurde bezüglich der Dauer der täglichen Arbeitszeit festgestellt:

Es hatten tägliche Arbeitszeit:

Durchweg	10 Stunden	2090 Steinseger,	1392 Kammer
10-12*)	1075	166	"
durchweg 11	318	93	"
11-13*)	118	21	"
12 und mehr	109	10	"

3710 Steinseger, 1682 Kammer

Die Statistik vom Jahre 1902 ergab für dieselben 117 Lohngebiete:

9 Stunden	821 Steinseger,	494 Kammer
9 ¹ / ₂ "	909 "	498 "
10 "	1313 "	441 "
10 ¹ / ₂ "	244 "	165 "
11 "	157 "	31 "
über 11 "	20 "	— "

3464 Steinseger, 1629 Kammer

Im Jahre 1908 boten die in Betracht kommenden 117 Lohngebiete folgendes Bild hinsichtlich der Arbeitszeit:

9 Stunden	1602 Steinseger,	853 Kammer
9 ¹ / ₂ "	939 "	522 "
10 "	1759 "	559 "
10 ¹ / ₂ "	45 "	30 "
11 "	54 "	5 "

4399 Steinseger, 1969 Kammer

Während demnach im Jahre 1895 in diesen 117 Lohngebieten von 5392 Arbeitern noch 1910 = 36 Prozent länger als 10 Stunden und kein einziger weniger als 10 Stunden tägliche Arbeitszeit

*) In den Lohngebieten mit teilweiser Ueberlandarbeit war es üblich, bei letzterer regelmäßig länger zu arbeiten als am Orte, um auf diese Weise die dem Arbeiter (infolge des doppelten Haushalts) entstehenden Mehrkosten zu decken. Das hat erfreulicherweise aufgehört!

hatte, hatten im Jahre 1908 von 6368 3916 = 61 Prozent eine kürzere als 10 stündige und nur noch 134 = 2 Prozent eine längere als 10 stündige Arbeitszeit.

Ähnlich, wenn auch naturgemäß nicht ganz so günstig, gestaltete sich das Verhältnis für den Gesamtverband.

Danach hatten 1895 Arbeitszeit:

10 Stunden	2090 Steinseger,	1392 Kammer
10-12 "	1075 "	166 "
11 "	318 "	93 "
11-13 "	118 "	21 "
12 u. mehr "	109 "	10 "

3710 Steinseger, 1682 Kammer

Im Jahre 1902 hatten Arbeitszeit:

9 Stunden	896 Steinseger,	498 Kammer
9 ¹ / ₂ "	909 "	498 "
10 "	1991 "	470 "
10 ¹ / ₂ "	267 "	178 "
11 "	424 "	57 "
über 11 "	106 "	— "

4002 Steinseger, 1841 Kammer

Und im Jahre 1908 hat sich die Arbeitszeit im Gebiete des Gesamtverbandes wie folgt gestaltet:

9 Stunden	1652 Steinseger,	1009 Kammer
9 ¹ / ₂ "	1275 "	627 "
10 "	4544 "	1264 "
über 10*) Std.	352 "	106 "

7823 Steinseger, 3006 Kammer

Es hatten mithin von 10 829 Arbeitern im Jahre 1908 nur noch 458 = 4 Prozent eine längere als 10 stündige Arbeitszeit. Die Hilfsarbeiter, die ebenfalls von der Verkürzung der Arbeitszeit profitiert haben, sind dabei nicht mitgezählt.

Die Lohnverhältnisse gestalten sich wie folgt:

Die Höhe des Durchschnitts - Stundenlohnes betrug 1905:

bei 10 stündiger Arbeitszeit für Steinseger 47,7 Pfg., für Kammer 36,2 Pfg.;

*) Darunter 19 Mann bis 12 Stunden, alle übrigen bis 11 Stunden.

bei 10—12 stündiger Arbeitszeit für Steinseger 40,4 Pfg., für Hammer 30 Pfg.;
bei 11 stündiger Arbeitszeit für Steinseger 39,7 Pfg., für Hammer 26,8 Pfg.;
bei 11—13 stündiger Arbeitszeit für Steinseger 37 Pfg.;
bei 12—14 stündiger Arbeitszeit für Steinseger 31,1 Pfg.

In den letzten beiden Fällen war die Zahl der ermittelten Hammer zu gering, um daraufhin Durchschnittslöhne zu berechnen.

Berechnungen über die Höhe der Durchschnitts-Stundenlöhne im Jahre 1902 sind augenblicklich nicht zur Hand, wir geben statt dessen die diesbezüglichen Berechnungen für die Jahre 1901 und 1903; es ergibt sich daraus ohne weiteres das Mittel für das Jahr 1902. Es hatten Stundenlohn:

Pfg.	Steinseger	
	1901	1903
75	1010 Mann	1200 Mann
70	58 "	45 "
65	9 "	10 "
60	658 "	1280 "
50, 60—65	27 "	35 "
57—62	— "	250 "
55—60	136 "	80 "
58	— "	130 "
57	— "	45 "
56	50 "	— "
55	1039 "	345 "
50—60	— "	80 "
53—54	334 "	— "
52 ¹ / ₂ —55	139 "	— "
50—55	80 "	130 "
45—60	— "	95 "
52	— "	135 "
50	865 "	740 "
50—52	— "	50 "
45—55	210 "	— "
48—50	— "	20 "
47 ¹ / ₂ —50	40 "	— "
45—52 ¹ / ₂	— "	60 "
48	210 "	131 "
47 ¹ / ₂	— "	70 "
45—50	232 "	190 "
40—55	— "	25 "
47	— "	25 "
45	467 "	295 "
46—50	— "	25 "
42—47	81 "	10 "
44	— "	8 "
42—45	— "	10 "
35—50	— "	35 "
40—43	62 "	— "
42	— "	40 "
41	120 "	8 "
35—45	— "	272 "
38—42	— "	12 "
40	— "	75 "
34—42	94 "	— "
38	— "	72 "
37 ¹ / ₂	— "	18 "
36	— "	35 "
35	— "	12 "
30—36	— "	10 "
	Hammer	
	1901	1903
55	650 Mann	1300 Mann
50—60	— "	80 "
50	687 "	40 "
45—55	— "	60 "

Nr. 35

Pfg.	1901		1903	
	31 Mann		60 Mann	
47	—	"	30	"
45—47	—	"	230	"
45	153	"	45	"
43—48	—	"	120	"
42	8	"	—	"
41	100	"	120	"
38—43	—	"	75	"
40	83	"	25	"
35—45	—	"	9	"
37—40	—	"	—	"
38	4	"	—	"
30—45	12	"	—	"
35—40	14	"	50	"
35	38	"	—	"
30—40	98	"	50	"
33	—	"	—	"
32—33	49	"	4	"
32	—	"	26	"
25—40	—	"	90	"
32—36	—	"	25	"
30—32	—	"	15	"
28—32	—	"	90	"
30	—	"	10	"
28—30	—	"	15	"
28	—	"	30	"
27	—	"	10	"
25—27	—	"	80	"
25	—	"	10	"
23—25	—	"	10	"
23	—	"	10	"
22—24	—	"	6	"
22	—	"	—	"

An der Hammerlohnentabelle für das Jahr 1903 zeigt sich deutlich, wie das Unternehmertum bestrebt ist, die Steigerung der Lohnsätze der gelerntten Arbeiter dadurch auszugleichen, daß es eine technische Teilung des Arbeitsprozesses einführt.

Die hierzu benötigten Arbeitskräfte werden den Reihen der (zumeist unorganisierten und schlecht-bezahlten) Hilfsarbeiter entnommen, daher anjänglich die niedrigen Lohnsätze derselben.

Im Jahre 1908 hatten Stundenlohn:

Pfg.	Steinseger		Hammer	
	25 Mann,		65 Mann	
90	—	"	70	465
80	1047	"	65	15
72 ¹ / ₂	60	"	63	719
72	23	"	60	279
70	1506	"	55—57	139
68	10	"	55	522
67 ¹ / ₂	79	"	51—56	60
66—70	90	"	50	58
66	274	"	48	75
65	693	"	47 ¹ / ₂	228
61—67	270	"	45	70
63	387	"	43	15
62 ¹ / ₂	76	"	42 ¹ / ₂	72
62	25	"	42	76
61	35	"	41	108
60	1128	"	40	83
55—60	1010	"	35—40	48
55	461	"	35	25
54	85	"	32	10
50—55	113	"	28	4
52	98	"	27	—
50	483	"	—	—
45—50	55	"	—	—
46	28	"	—	—
45	66	"	—	—
35—50	22	"	—	—
40	23	"	—	—

Die Stundenlöhne betragen im Durchschnitt für die Gesamtheit der Arbeiter:

	Steinfeger	Kammer
	Fla.	Fla.
1895	44	31,7
1902*)	zwischen 56,5 u. 58,5	zwischen 44,5 u. 46,7
1908	64,1	55,4

Tarifliche Abmachungen bestanden im Jahre 1895 in 2 Orten für 525 Mann, während im Jahre 1908 117 Lohnstarife bestanden, die für 826 Betriebe mit 8496 beteiligten Personen (zirka 3/4 aller Berufsangehörigen) Geltung hatten.

VI. Aus der Lohnstatistik der Sattler.

Aus dem Sattlergewerbe liegen uns Lohnstatistiken vor aus Berlin, Offenbach, Leipzig, Hamburg, Hannover, Frankfurt a. M., Magdeburg und Kassel, daneben der Geschäftsbericht des Verbandsverbandes für die Jahre 1905 bis 1907.

Schon die nachfolgenden Zahlen geben ein recht eindrucksvoll wirkendes Bild von den durch die Gewerkschaftsorganisation erreichten Lohnverbesserungen. Wir entnehmen diese Zahlen den regelmäßigen Veröffentlichungen der Tarifkommission für die Reiseartikelbranche über die Lohnverhältnisse in Berlin:

Taschenbranche

Art der Löhne	1902	1904	1906	1907
	Fl.	Fl.	Fl.	Fl.
Durchschnittsstundenverdienste:				
a) in Lohn	47,23	48,69	52,41	53,32
b) in Afford.	51,13	56,09	69,09	65,95
Durchschnittsstundenlohn für Stepperinnen	29,04	24,32	30,66	32,63

Kofferbranche

Durchschnittsstundenverdienste:				
a) in Lohn	43,56	44,88	53,33	55,08
b) in Afford.	51,87	54,09	63,30	64,25

Galanteriebranche

Durchschnittsstundenverdienste:				
a) in Lohn	—	48,20	49,47	51,50
b) in Afford.	—	49,48	56,05	59,25
Durchschnittsstundenlohn für Arbeiterinnen	—	27,67	33,52	36,25

Aus diesen Nachweisen ist ersichtlich, daß sich der Stundenlohn in der Taschenbranche in dem Zeitraum von fünf Jahren bei den auf Lohn beschäftigten Arbeitern um 6,09 Pfg., bei den Affordarbeitern um 14,82 Pfg. und bei den Stepperinnen um 3,59 Pfg. gehoben hat; in Wochenlöhnen eine Steigerung um 3,23 Mk., 7,85 Mk., sowie 1,90 Mk. bei der letzten Gruppe. In Frage kommen insgesamt 237 Arbeiter und 29 Arbeiterinnen.

In der Kofferbranche stieg der Stundenlohn in dem gleichen Zeitraum bei den Lohnarbeitern um 11,52 Pfg. (pro Woche um 6,10 Mk.), bei den Affordarbeitern um 12,38 Pfg. resp. 6,56 Mk. pro Woche. In Betracht kommen bei dieser Gruppe 213 Arbeiter.

Die Steigerung der Galanteriearbeiter dürfte ähnlich liegen, jedoch liegen hier nur die Zahlen von 1904 vor. Die Lohnarbeiter dieser Branche erzielten im Laufe der drei Jahre eine Steigerung ihres Stundenlohnes um 3,30 Pfg. (pro Woche 1,75

Mark), die Affordarbeiter um 9,77 Pfg. resp. 5,17 Mark pro Woche, die Stepperinnen pro Stunde um 8,58 Pfg. und pro Woche um 4,55 Mk. Die Statistik umfaßt 214 Personen.

Zu gleichen Ergebnissen führt die Statistik der Sattler in Offenbach a. Main, welche gleichfalls der Gruppe der Reiseeffektenarbeiter angehört. Diese Verhältnisse gehen zurück bis zum Jahre 1899. Zu damaliger Zeit bestand zwar für die dortige Industrie der Zehn-Stunden-Tag, jedoch wurden zahlreiche Heberstunden gemacht. Ein Teil der Affordarbeiter, und diese kommen fast nur in Betracht, arbeitete mit einem oder zwei Lehrlingen. Unter Einrechnung aller dieser Umstände betrug im Jahre 1899 der Durchschnittslohn eines Offenbacher Sattlers 20,98 Mk., 1900 21,91 Mk. Im Laufe der nächsten Jahre gewann die Organisation auf die Verhältnisse einen größeren Einfluß. Die Statistik im Winter 1903/04 zeigt uns eine geregelte Arbeitszeit von 9 Stunden. Unter Ausschaltung aller Heberstunden und Lehrlingshilfe betrug der Durchschnittsverdienst 24,81 Mk., also eine wesentliche Steigerung. Unter Beibehaltung derselben Arbeitszeit und Ausschluß aller sonstigen Heberarbeit stieg der Durchschnittsverdienst im Jahre 1905 auf 26,60 Mark, 1906 auf 27,90 Mk. und 1907 auf 28,77 Mk. Die Zahl der von der Statistik erfaßten Personen schwankt zwischen 350 und 400. Der durchschnittliche wöchentliche Mehrverdienst im Jahre 1907 beträgt gegenüber dem Jahre 1899 7,76 Mk. Der eigentliche Mehrverdienst ist noch bedeutend höher, weil 1899 Heberstunden, Lehrlingshilfe und eine 60-jährige Arbeitszeit in die Statistik mit einbezogen wurden.

Der Durchschnittslohn eines Reiseartikelsattlers in Leipzig betrug im Jahre 1907 47 Pfg. pro Stunde gegenüber 44 Pfg. im Jahre 1905. Die Geschirrsattler dortselbst hatten 1905 einen Durchschnittslohn von 38 Pfg. pro Stunde, 1907 betrug derselbe 41 Pfg.

Die Geschirrsattler in Hamburg hatten 1905 einen Durchschnittswochenlohn von 24,15 Mk., 1907 war derselbe auf 25,50 Mk. gestiegen. Die Treibriemensattler dortselbst verzeichneten 1907 einen Durchschnittswochenlohn von 25,66 Mk. gegen 22,18 Mk. im Jahre 1905. Auf Wagenarbeit betrug der durchschnittliche Wochenverdienst 1907 27,50 Mk., 1905 nur 24,85 Mk. In der Reiseeffektenbranche stand der Durchschnittsverdienst 1907 auf 25,34 Mk. gegen 24,77 Mk. im Jahre 1905.

In Hannover betrug im Jahre 1905 der durchschnittliche Wochenlohn eines Geschirrsattlers 22,04 Mk., im Jahre 1908 22,36 Mk., eines Treibriemensattlers im Jahre 1907 23,45 Mk. gegen 22,20 Mk. im Jahre 1905. Der Lohn des Wagensattlers stand 1907 durchschnittlich auf 25 Mk. gegen 22,20 Mk. im Jahre 1905. In der Reiseeffektenbranche betrug der durchschnittliche Verdienst 26,26 Mk. gegenüber 22,65 Mk. im Jahre 1905. Die Milchwärtsattler erzielten 1907 Durchschnittswochenlöhne von 25,18 Mk. gegenüber 22,20 Mk. 1905.

In Frankfurt a. M. erhöhten sich die durchschnittlichen Wochenlöhne in dem Zeitraum von 1905 bis 1908 bei den Wagensattlern um 3,50 Mk. bei den Reiseartikelsattlern um 3,22 Mk.

Die Berliner Wagensattler zeigen in ihrer letzten Statistik vom Jahre 1908 folgende Stundenlöhne:

	Niedrigster	Höchster	Durchschnittslohn
1908	29	84,9	59,7
1905	35	68,0	50,0

*) Die Zahlen für 1901 und 1903.

Der Höchstlohn sowie auch der Durchschnittslohn erfuhren hier eine wesentliche Erhöhung.

Die Berliner Treibriemensattler verzeichneten im Jahre 1901 einen durchschnittlichen Wochenlohn von 23,45 M., 1902 23,46 M., 1904 23,84 M. und 1905 von 25,08 M.

Unter Berücksichtigung einer 63—66 stündigen Arbeitszeit betrug der Wochenlohn eines Magdeburger Sattlers im Jahre 1899 19,50 M. Im Jahre 1905 war derselbe bei einer zumeist 60 stündigen Arbeitszeit auf 21,60 M. gestiegen.

In Kassel betrug 1899 der Durchschnittslohn 17,88 M., 1905 betrug derselbe schon 21,60 M.

Die Geschäftsberichte des Verbandes der Sattler weisen in den einzelnen Jahren folgende Lohn-erhöhungen ihrer Mitglieder nach. Es erzielten, zumeist unter gleichzeitiger Herabsetzung der bisherigen Arbeitszeit, eine wöchentliche Lohn-erhöhung im Jahre

1905 305 Personen durch Arbeitseinstellung 591
 Mark, 831 Personen ohne Arbeitseinstellung 1443 M.;
 1906 290 Personen durch Arbeitseinstellung 475
 Mark, 1307 Personen ohne Arbeitseinstellung 2635 M.;
 1907 74 Personen durch Arbeitseinstellung 151
 Mark, 827 Personen ohne Arbeitseinstellung 1084 M.;
 1908 174 Personen durch Arbeitseinstellung 255
 Mark, 470 Personen ohne Arbeitseinstellung 501 M.

Die neuen Steuern und ihre Wirkung auf die Volkswirtschaft.

(Schluß)

Wie im einzelnen die Bevorzugung des Grundbesitzes durchgeführt worden ist, das lehrt am besten eine Betrachtung des Branntweinsteuergesetzes. Der Branntwein war bisher mit ungefähr 92 M. für den Hektoliter reinen Alkohols belastet; davon gelangten allerdings nur etwa 55 M. in die Reichskasse, während der Rest für Liebesgaben, Ausfuhrprämien und sonstige Subventionen draufging. Jetzt sollen aus dem Spiritus noch rund 80 Millionen Mark mehr herausgeholt, zugleich der „Fürsorgecharakter“ des Gesetzes noch schärfer hervorgehoben werden. Zu diesem Zwecke wurde wieder der grandiose Schwundel aufgeführt, als ob die „Landwirtschaft“ an der Branntweinbesteuerung interessiert sei. Das ist sie keineswegs. Interessiert sind vielmehr nur eine handvoll landwirtschaftlicher Brenner: 1907/08 gab es nur 6500 landwirtschaftliche Brennereien, die hauptsächlich Kartoffeln verarbeiteten und im Genuß der Liebesgabe standen. Wäre das Bestehen der Landwirtschaft von der Existenz der Brennerei abhängig, dann ließe sich nicht erkennen, wieso denn die anderen landwirtschaftlichen Betriebe ihre Existenz finden konnten. Wir hatten nämlich im Jahre 1907 zusammen 5¼ Millionen landwirtschaftlicher Betriebe, darunter mehr als 300 000, die 80 Morgen und mehr landwirtschaftlicher Fläche bewirtschafteten. Scheidet man von den Liebesgabenempfängern diejenigen aus, in deren Haushalt die Liebesgabe ihrer Geringfügigkeit wegen wirklich keine Rolle spielen kann, dann bleiben im ganzen genommen höchstens 800 bis 1000 Betriebe, die sich jährlich in den Raub von 40—50 Millionen Mark direkter Unterstützung aus der Reichskasse teilen. Und diese Unterstützung soll in Zukunft nicht nur aufrechterhalten bleiben, sondern sie soll noch mehr als bisher gesichert werden; deshalb führte man ein Brennrecht für die Gesamtproduktion auch an denaturierten Spiritus neben

dem Kontingent ein. Deshalb sicherte man sich durch enorme Strafsteuern gegen eine Ueberproduktion, deshalb begünstigte man die landwirtschaftlichen Brennereien bei der Steuerstaffelung vor den gewerblichen. Deshalb zwingt man auch alle großen Brennereien, einen Teil ihrer Produktion zu denaturieren, und deshalb endlich nimmt man aus der Belastung des Trinkbranntweins hohe Prämien für die Denaturierung. Weiter kann die unverschämte Bevorzugung einzelner volkswirtschaftlichen Stoffe überhaupt nicht getrieben werden. Das Entstehen neuer Brennereien in Deutschland ist schlechthin unmöglich gemacht. Das Branntweingefetz ist ein Gefetz für die glücklichen Besitzenden.

Auch dem Brausteuergefetz hat man in einer ähnlichen, wenn auch etwas bescheideneren Weise die bestehenden Betriebe gegen die Folgen einer unmäßigen Steuererhöhung zu sichern versucht. Die Brausteuer brachte bisher der Reichskasse rund 75 Millionen Mark ein. Nach den Plänen der Regierung sollte ihr Ertrag um 100 Millionen Mark gesteigert werden. Das hat auch schließlich die Mehrheit des Reichstages beschlossen. Nun tauchte aber die Schwierigkeit auf, den Inhabern der Brauereibetriebe und der Gastwirtschaften eine sichere Abwälzung der Steuer auf das konsumierende Publikum zu ermöglichen. Diesem Zweck dient ein Kontingentierungsparagraf, wonach neuen Brauereien, die nach dem 1. August 1909 in Betrieb genommen werden, die Steuerfäße bis 1915 um 50 Prozent und dann bis 1918 um 25 Proz. erhöht werden. So gegen eine unangenehme neu entstehende Konkurrenz geschützt, sollen die Brauereien den Preis des Bieres um mindestens so viel in die Höhe treiben können, wie die neue Belastung ausmacht. Das Problem der Steuerüberwälzung gehört zu den schwierigsten, die das Steuerwesen überhaupt aufweist. Es ist ganz zweifellos, daß eine indirekte Steuer ihrer Natur nach keine Sondersteuer für ein bestimmtes Gewerbe sein soll. Sie muß auf den Konsumenten abgewälzt werden, wenn sie ihre Bestimmung erreichen soll. Wie das aber im Einzelfalle möglich ist oder in wie hohem Grade es möglich ist, das ist immer eine Frage für sich. Ganz allgemein kann man sagen, daß die Abwälzung sich durchaus nach den wirtschaftlichen Kräften der einander gegenüberstehenden Gruppen von Konsumenten und Produzenten richtet. Wenn z. B. in einem Ort, in dem fühlbare Knappheit der Wohnungen herrscht, eine Steuer auf die einzelnen Grundstücke ungewälzt wird, dann ist mit vollkommener Sicherheit zu erwarten, daß die Grundstücksbesitzer sie auf die Mieter abwälzen und dabei zugleich nach oben abrunden werden. Wenn aber in der Stadt zur Zeit der Umlegung durch besondere Umstände gerade ein erhebliches Wohnungsangebot herrscht, dann wird die Ueberwälzung auf die Mieter entweder zunächst gar nicht oder nur in beschränktem Maße möglich sein. So ist es auch mit den indirekten Steuern. Den Zoll für Brotgetreide müssen wir im Preis unseres täglichen Brotes aufbringen, weil wir ohne Brot nicht leben können; die Erhöhung der Biersteuer wird aber in der Regel nur dann möglich sein, wenn durch Maßnahmen der Gesetzgebung oder durch private Abmachungen kapitalkräftiger Brauereien ein starkes Uebergewicht auf der Seite der Produzenten geschaffen worden ist. Die Kontingentierung der Brauereien ist eine wirkliche Ueberwälzung des Reichstages gewesen, denn sie wurde erst in der dritten Lesung, und gegen den zwar heftigen aber wirkungslosen Widerspruch der Linken angenommen.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Regierung in diese Verschönerung verwickelt gewesen ist. Es ist aber doch sehr die Frage, ob die Brauereien Ursache haben, sich über die Vergünstigung so lebhaft zu freuen, wie sie vorgeben. Wenn der Nutzen nicht trägt, so wird gerade dieser Kontingenzparagraf für das Braugewerbe den Anfang eines Kampfes aller gegen alle bedeuten. Durch die Staffelung der Braumalzsteuer sind die kleineren Betriebe vor den größeren begünstigt. Nun hat ja zweifellos der Großbetrieb infolge seiner besseren Organisation, seiner größeren Kapitalkraft und seiner erheblich gesteigerten Propagandamittel vieles vor den Mittel- und Kleinbetrieben voraus; wieviel er aber voraus hat, das ist immer erst im Einzelfalle zu untersuchen, und unter gewissen Umständen kann ihm doch die Konkurrenz der kleinen und mittleren Brauereien überlegen sein. Das wird immer dann eintreten, wenn und wo die Brauereien in einer falschen Schätzung ihrer Position den Bierpreis um ein mehrfaches der Steuererhöhung hinaufgesetzt haben. Man hört z. B. aus Mitteldeutschland, so Braunschweig, von Bierpreissetzungen, die das Aufkommen neuer Brauereien auch trotz der um 50 Prozent erhöhten Strafteuern ohne weiteres als rentabel erscheinen lassen. Ferner bleibt zu erwarten, ob nicht Wirte- oder Konsumentenvereinigungen kleinere bereits vor dem 1. August 1909 betriebene Brauereien ankaufen und weiterhin gewinnhaftig betreiben werden. Mindestens sollten Konsumenten und Wirte ihr Auge bei Zeiten auf diesen Punkt lenken.

Leichter als bei einer anderen Art der Steuern lassen sich die wirtschaftlichen Folgen in der Tabakindustrie übersehen. An Stelle der bisherigen Tabaksteuerung ist am 15. August 1909 eine kombinierte Wert- und Gewichtsteuer getreten. Zunächst unterliegt der Tabak wie bisher einem Gewichtszoll, der je nach den Arten und der Verarbeitung von 85 bis 1000 Mk. pro Doppelzentner betragen kann. Zu diesem Gewichtszoll tritt dann noch ein Zolzuschlag von 40 Proz. des Wertes. Diese Art der Besteuerung trägt eine besondere Ungerechtigkeit in sich, die sich volkswirtschaftlich als eine Begünstigung des Großbetriebes darstellt; der große, kapitalkräftige Fabrikant, der direkt im Auslande kauft, braucht sicher weniger für seinen Tabak zu bezahlen, als ein kleiner und schwacher Konkurrent; in demselben Maße wie er billiger einkauft, erniedrigt sich für ihn aber auch der Zolzuschlag, während sich dieser für den kleinen Fabrikanten mit wachsenden Spesen auch erheblich erhöht. Eine einfache Folge der Steuererhöhung auf Tabak und Tabakfabrikate ist die Preissteigerung für das genussfertige Einzelfabrikat. Diese Preissteigerung führt zu einer Konsumverminderung und Konsumverschiebung. Sachkundige Beurteiler behaupten, daß man mit 15 Proz. Konsumrückgang mindestens für die ersten Jahre zu rechnen haben werde. Da die Zigarrenfabrikation fast ausschließlich Handarbeit ist, so bedeutet der Konsumrückgang zugleich auch eine Verminderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Damit hat auch der Gesetzgeber gerechnet, der eine, wenn auch ganz unzulängliche Entschädigung der erwerbslos gemachten Arbeiter aus der Reichskasse vorgesehen hat. Dieser vielgenannte Entschädigungsparagraf, der 4 Millionen Mark für brotlose Zigarrenmacher vorseht, bringt ein ganz neues Prinzip in unsere Reichsgesetzgebung hinein. Bisher hat man nur immer Kapitalisten entschädigt, die man durch

Steuer- oder andere Gesetze um ihren Erwerb gebracht hatte; jetzt sollen auch die Arbeiter etwas erhalten, natürlich nur, damit es so aussieht, als ob etwas für sie geschehe. Die Furcht vor den Wählermassen hat das Centrum und die Konservativen zu dieser Haltung veranlaßt. Sei dem indessen wie ihm wolle, an dem Prinzip ändert sich nichts. Wenn auch bei den anderen Steuern sogar das Prinzip der Arbeiterentschädigung abgelehnt wurde, so wird doch ein einmal in einem Gesetz eingeführter Gedanke nicht wieder aus der Welt geschafft. Konsequent durchgedacht ist eine solche Entschädigung der Tod jeder indirekten Steuer.

Damit kommen wir auf eine andere Frage zu sprechen, nämlich die Frage des weiteren Ausbaues des deutschen Steuersystems. Das ist, wie schon aus den vorstehend skizzierten Ausführungen hervorgeht, eine Angelegenheit von höchster volkswirtschaftlicher Bedeutung. Es kann auch nicht der geringste Zweifel daran bestehen, daß in wenigen Jahren, wenn sonst alles beim alten bleibt, neue Steuerforderungen an das Parlament gelangen werden. Wie werden sie aussehen? Ohne prophezeien zu wollen, können wir doch annehmen, daß sie mindestens nicht so aussehen werden, wie die letzten Steuervorschläge ausgesehen haben. Die Besteuerung der notwendigen Lebens- und der gebräuchlichsten Genußmittel ist heute bei uns keine steuertechnische, sondern nur noch eine politische Angelegenheit. Und man darf annehmen, daß die politischen Folgen des letzten Steuerkampfes stark genug sein werden, um den bisherigen Mehrheitsparteien und der Regierung eine Wiederholung zu vermeiden. Politische und wirtschaftliche Kräfte arbeiten darauf hin. Eine Nachwahl wie die in Neustadt-Landau hat eine mehr als symptomatische Bedeutung. Und der Eifer, mit dem überall die Möglichkeit eines Schnapsbottotts erörtert wird, muß den Anhängern der indirekten Besteuerung mindestens zu denken geben. Als Maßnahme der Temperenz von ganz untergeordneter Bedeutung, würde ein Bottott des Schnapses, sofern er sich auf ein politisches Ziel richtet, von erheblicher Wirkung sein können. Wie wir in der Geschichte unseres Steuerwesens bisher immer nur die starke Beeinflussung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Politik nachweisen können, so würde hier zum erstenmal umgekehrt die Politik direkt durch wirtschaftliche Maßregeln beeinflusst werden. Wenn der Trinkbranntweinkonsum in Deutschland auch nur um den vierten bis dritten Teil zurückgeht, dann ist die Situation der Spirituszentrale unhaltbar, die Bevorzugung der ländlichen Brennereien auf das schwerste gefährdet. Würde es einmal dahin gebracht werden, dann kommt man auch der Grundfrage der heutigen Spiritusgesetzgebung nahe, nämlich der Frage der Bodenbesitzverteilung im Osten des Reiches mit allen ihren politischen Folgen. Ob es soweit kommen wird, das lassen wir dahingestellt.

Das Eine ergibt sich: Die neue Steuer-gesetzgebung greift in allen ihren Teilen — besonders auch mit der hier nur gestreiften Besteuerung des Verkehrs — tief in das Wirtschaftsleben der Nation ein; da sie die Minderbemittelten am stärksten trifft, fördert sie die Tendenz der Proletarisierung oder mindestens doch den Prozeß der psychologischen Annäherung minderbemittelter Scharen an die politische und gewerkschaftliche Organisation des Proletariats; zugleich eröffnet sich die Möglichkeit, durch wirtschaftliche Maßnahmen einen starken Einfluß auf die Gestaltung der politischen

Dinge insbesondere in Preußen zu gewinnen. Jede Produktionsverteuerung veranlaßt den kapitalistischen Unternehmer zu der Erwägung, wo er Ersparungen machen könnte; er wird immer dabei zunächst auf den Versuch von Lohnkürzungen verfallen, wenn er nicht den Widerstand einer Organisation fürchten muß. Das ist so einfach, daß auch rückständige Massen es einzusehen vermögen; eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation ist deshalb ebenso wohl möglich, wie sie nötig ist.

Man hat gesagt, daß die Elastizität unseres Wirtschaftslebens ausreichte, um die neuen Steuern bald vertragen zu machen. Das ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Freilich wird sich die Stammstiftung und die Zeitartikelfabrikation in absehbarer Zeit wieder anderen Themata zuwenden; aber die Verschiebungen im Wirtschaftsleben selbst, die wir angedeutet haben, bleiben mit allen ihren Konsequenzen bestehen. Und wenn man aus der eben ausgeführten Redensart den Schluß ziehen wollte, daß es deshalb Regierung und Mehrheitsparteien in der Hand hätten, nach ein paar Jahren das Volk wieder in ähnlicher Weise zu schröpfen, so ist das irrig; die Volkswirtschaft trägt in einigen Jahren unter dem Einfluß der jetzt in Kraft getretenen Gesetze einen erheblich anderen Charakter als heute. Mechanische Steuererhöhungen sind verhältnismäßig leicht bei direkten Steuern vorzunehmen, bei indirekten Steuern führt jeder solcher Versuch an einem bestimmten Punkte mit Sicherheit zu einer Katastrophe für das bestehende System.

A. S u d e k u m.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lage des deutschen Eisenmarktes. — Kartellfragen. — Rasche Wertsteigerung des industriellen Kapitals. — Der deutsche Arbeitsmarkt im Juli.

Wie stark selbst in unterrichteten Kreisen die Ansichten über die derzeitige Lage des deutschen Eisenmarktes auseinandergehen, das beweist nichts besser als der Umstand, daß in einer großen und führenden rheinischen Zeitung unmittelbar vor der Erhöhung eines Teils der Roheisenpreise an der Düsseldorfer Montanbörse ein äußerst ungünstiger Situationsbericht über den deutschen Eisenmarkt erschien, der ganz besonders die derzeitige Lage des Roheisenmarktes schwarz in schwarz malte. Sicher ist ja, daß gegenüber der deutlichen Erholung am amerikanischen und britischen Eisenmarkte die Lage in Deutschland noch matt erscheint. Daß aber die Spuren der Erholung auch in Deutschland schon zu beobachten sind, kann man gerade am Roheisenmarkte sehr wohl verfolgen. Nur werden diese Spuren wie die ganze Erholung überhaupt infolge des latenten Kampfes zwischen gemischten und reinen Werken sehr stark verdeckt. Es rächt sich eben, daß alle strafferen Kartellorganisationen in der Roheisenindustrie aufgelöst sind: wir haben keine Roheisen syndikate mehr. Während früher der Wettbewerb der gemischten Betriebe sich gegen die reinen Walzwerke richtete, kehrt er sich jetzt noch gegen die reinen Hochofenwerke, ja die Konkurrenz der großen Kombinationsbetriebe berührt sogar sehr scharf auch die reinen Kohlenzechen. Vielleicht noch nie hat die organisatorische, technische und kaufmännische Ueberlegenheit der gemischten Betriebe in der Montanindustrie sich so nachhaltig und intensiv bemerkbar gemacht wie gerade gegenwärtig.

Man kann fast behaupten, daß der Druck, der noch auf dem deutschen Eisengewerbe lastet, von der Produktions-, Preis- und Absatzpolitik der gemischten Betriebe veranlaßt ist. Denn während sie schon im Zeichen der Erholung stehen, kämpfen die reinen Betriebe noch schwer um Beschäftigung.

Es wäre aber grundverkehrt, den gemischten Betrieben aus ihrer Politik Vorwürfe machen zu wollen. Das Bild, das sich heute bietet, ist eine notwendige Folge des kurzfristigen Verhaltens der reinen Werke, vor allem der Walzwerke, die zu der Zeit, da der Stahlwerksverband als die Vertretung der gemischten Betriebe sich zu einem kartellartigen Zusammenschluß mit den reinen Werken bereit erklärte, durch zu weitgehende Forderungen eine Verbandsbildung unmöglich machten und damit die Situation heraufbeschworen, in der sie sich heute befinden. Nunmehr helfen alle Klagen, alle Jeremiaden nichts. Die gemischten Betriebe dehnen ihre Anlagen aus, trachten immer mehr nach einer Verbilligung der Gießungsstoffe durch organische Gliederung des Produktionsprozesses. Diese Entwicklung drängt aber die reinen Betriebe stark zurück. Dabei sieht es gar nicht so aus, als ob die gemischten Betriebe noch Lust hätten, mit den reinen Werken sich zu Verbänden zusammenzuschließen. Was man über Versuche zu Kartellbildungen hört, das beschränkt sich auf ergebnislose Besprechungen. Die Kartellfragen im Eisengewerbe sind bei diesem Stande der Gegensätze doppelter Art: auf der einen Seite müssen wir mit einem engeren Zusammenschluß der gemischten Betriebe rechnen, auf der anderen Seite werden sich die reinen Betriebe genötigt sehen, ihrerseits sich gleichfalls zusammenzuschließen und zum Teil in Anlehnung an das beherrschende Kartell der gemischten Werke zu retten und zu halten, was die Produktionspolitik der gemischten Werke übrig läßt. Und das ist für einen ziemlich erheblichen Teil der reinen Betriebe immerhin noch ein ansehnliches Feld.

Bei dieser Gelegenheit sei auch der die Stahlindustrie bewegenden Kartellfragen gedacht. Das Stahlsyndikat ist noch keineswegs perfekt, sondern befindet sich unfertig in der Schwebe. Ob es definitiv zustande kommen wird, hängt hauptsächlich davon ab, ob es bis Ende des Jahres gelingt, die Verkaufsstätigkeiten einzelner Werke, die in der kurzen Zeit, da das Stahlsyndikat formell nicht bestand, mit einem amerikanischen Trust Lieferungsverträge abgeschlossen haben, so zu ordnen, daß sich die Abschlüsse nach Amerika für die anderen im Syndikat zusammengeschlossenen Werke nicht störend und schädigend bemerkbar machen. Man sieht also, daß es hier bis zu einem gewissen Grade die Amerikaner in der Hand haben, ob das Stahlsyndikat zustande kommt oder nicht. Nur die Befürchtung, daß unter Umständen die Regierung mit einem Stahlausfuhrzoll eingreifen könnte, dürfte die amerikanischen Interessenten zur Nachgiebigkeit veranlassen.

Trotz dieser und anderer Sorgen und Schwächen bewegt sich aber die Konjunktur in Deutschland langsam weiter aufwärts. Geradezu auffallend und schon ungesund rasch vollzieht sich die Erholung auf dem Kapitalmarkt. Und zwar sind es hier die Zweidenden, vornehmlich also die Industrierwerte, deren Kurssteigerungen während des laufenden Jahres schon eine ganz ansehnliche Wertsteigerung des mobilen Kapitals bewirkt haben. Der Kurswert des an der Berliner Börse gehandelten Kapitals stellte sich Ende Dezember 1908 auf zirta

102,41, Ende Juli aber schon auf 105,10 Milliarden Mark. Die Wertsteigerung während der ersten sieben Monate betrug also nicht weniger als 2,69 Milliarden Mark. Die relativ größte Steigerung weist das Kursniveau der Dividendenwerte auf. Es betrug nämlich der Durchschnittskurs für die Gesamtheit der festverzinslichen und für die Gesamtheit der Dividendenwerte am Ende der nachstehenden Monate:

	festverzinsliche	Dividenden-
	Werte	
Dezember 1908	93,10	150,08
Januar 1909	93,63	150,66
Februar "	94,10	149,15
März "	94,48	149,60
April "	95,43	153,46
Mai "	95,33	153,88
Juni "	94,75	153,77
Juli "	95,19	156,64

Man sieht zunächst aus dieser Aufstellung, daß gegen Dezember 1908 der Kurs der festverzinslichen am 2,99, der der Dividendenwerte aber um 6,56 Prozent gestiegen ist. Die Hauptsteigerungen der Dividendenpapiere fallen in die Monate April und Juli, also gerade in einen Monat, der sich für den Arbeitsmarkt recht unfreundlich gestaltete. Betrachtet man die Wertsteigerung der Dividendenwerte für sich so betrug ihr Kurswert Ende Dezember 1908 erst 20,36 Milliarden Mark, Ende Juli dieses Jahres aber 21,21 Milliarden, so daß sich ein Plus von rund 850 Millionen Mark ergibt. Da die an der Berliner Börse gehandelten Dividendenwerte nur einen Teil des in der Industrie werbenden Kapitals repräsentieren, die Wertsteigerung sich aber auf das gesamte industrielle Kapital erstreckt, so kann man daraus ersehen, um welchen Grad sich der Wert des Unternehmungskapitals im laufenden Jahre schon gehoben hat.

Von dieser zu starken und zu raschen Wert-erhöhung sieht die langsame Erholung am Arbeits- markte sichtlich ab. Das Ueberangebot lastet noch so stark auf dem Markte, daß der Juli sogar eine neue, hoffentlich und wahrscheinlich nur vorüber- gehende Steigerung des Andranges im Vergleich zum Vorjahre gebracht hat. Auf 100 offene Stellen kamen nämlich nach den vorläufigen An- zeichnungen an 120 deutschen Arbeitsnachweisen 161,01 Arbeitsuchende gegen 148,99 im Vorjahre. Zu dem wenig erfreulichen Ergebnis im Juli hat vor allem die ungewöhnlich schlechte Witterung beigetra- gen, die die Tätigkeit in der Landwirtschaft und im Baugewerbe empfindlich beeinträchtigte. Der Grad der Verschlechterung im Juli wird durch eine Gegen- überstellung der entsprechenden Ziffern der Vor- monate und durch eine Berechnung der Spannung mit dem Vorjahre sofort ersichtlich. Es betrug nämlich der Andrang:

	1908	1909	+ oder - gegen 1908
Januar	148,6	184,9	+ 36,3
Februar	153,4	198,9	+ 45,5
März	138,0	165,4	+ 27,4
April	140,3	147,4	+ 7,1
Mai	156,3	151,1	+ 5,2
Juni	147,2	154,4	+ 7,2
Juli	149,0	161,0	+ 12,0

Man sieht: von Februar ab ließ die Plusdiffe- renz gegenüber dem Vorjahr, das allerdings im Zeichen zunehmender Verschlechterung stand, auf- fallend nach, und der Juni ergab sogar schon eine kleine Minusdifferenz, also im Vergleich zu 1908 eine Besserung. Der Juli aber brachte in diese

günstige Bewegung einen nicht unerheblichen Rück- schlag, von dem indes anzunehmen ist, daß er keine nachhaltige Wirkung ausüben wird.

Berlin, am 22. August 1909.

Rich. Calwer.

Soziales.

Die Schweizerische Heimarbeitersausstellung in Zürich.

Programmgemäß wurde am 15. Juli im städti- schen Schulbaue auf dem Hirschengraben in Zürich die Heimarbeitersausstellung eröffnet. Sie war bereits in allen Teilen fertig, was bekanntlich nicht immer von den Ausstellungen bei ihrer Eröffnung gesagt werden kann, und ein Vertiefen in die nach Indu- strien geordnete reichhaltige Sammlung von zirka 3000 Gegenständen verschiedenster Art gestattete das Urteil, daß hier ein in allen Teilen gelungenes Werk von großer wirtschafts- und sozialpolitischer Bedeutung geschaffen worden ist. Es ist der Erfolg der organisierten Arbeiterschaft, die zum großen Teil Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden hatte, um sich an der Ausstellung beteiligen zu können. Einen demonstrativen Beweis dafür bildet der in der Abteilung der Textilordnung angeschlagene gedruckte selbstherrliche Akt des Fabrikantenvereins für Hand- weberei in Appenzell, der mit Androhung strafrecht- licher Verfolgung (sogar auch der „Anstifter“) den Arbeitern verbot, Muster für die Heimarbeitersaus- stellung zu liefern. Dieser selbstherrlich-kapitalistische Akt beleuchtet nicht nur die „Schweizerfreiheit“ der Arbeiter, sondern auch die überragende Sklaven- haltergewalt der Unternehmer in der bürgerlich- demokratischen Schweizerrepublik. Dabei war aber die ganze große Aktion doch umsonst, denn schließlich stellte eine weitherzigere Firma eine Kollektion von Mustern mit den nötigen Angaben für die Heim- arbeitersausstellung zur Verfügung. Der Bundespräsi- dent Dr. Deucher-Wern, der beim Besuche der Heim- arbeitersausstellung auch auf diesen Akt aufmerksam gemacht wurde, meinte, daß sich dann ja auch der Bundesrat als „Anstifter“ strafbar gemacht haben würde, da er an die Heimarbeitersausstellung 8000 Fr. beisteuerte.

Ueber den Zweck der Ausstellung sagte Genosse Lang, der Präsident des Schweizerischen Arbeiter- bundes und des Ausstellungscomités, in seiner Er- öffnungsrede, daß er ein doppelter sei. Die Heim- arbeitersausstellung soll erstens dazu dienen, die Lücken unserer Kenntnisse auf diesem Gebiete auszufüllen. Und zweitens soll sie Antwort heißen auf die drin- gende Frage, durch welche Mittel und in welcher Richtung die Lage der Heimarbeiter gebessert werden kann. Er versprach sich sodann besonders vom Heim- arbeiterschutzbund in Zürich die Förderung der Diskussion der wichtigen Fragen, zu denen diese Ausstellung anregt.

Die Ausstellung umfaßt 9 Abteilungen, die die Wäsche- und Kleiderkonfektion, Textilindustrie, Stiderei, Seidenband- und Seidenstoffindustrie, Holz- schnitzerei, Stroh-, Leder-, Uhren-, Musikdosens-, Birnen-, Papier- und Schirmindustrie usw. ent- halten. In der in das Hirschengraben Schulhaus ein- gebauten Turnhalle ist eine Arbeitshalle mit abge- teilten Arbeitsstätten nach den wirklichen Verbäl- tnissen von Heimarbeitern eingerichtet, deren Arbeits- räume häufig auch Wohn- und Schlafräume ja sogar Keller und Holzbehälter sind, wie in Zürich, wo eine

Webstühle von 927 auf 15 156 gestiegen ist. Diese revolutionären Verschiebungen werden auch ihre Wirkungen auf das davon berührte Kleinbaurntum nicht verfehlen.

Etwas besser gestellt sind die Seidenbandweber, die hauptsächlich im Kanton Vajelland wohnen und für Firmen in Basel arbeiten. Insgesamt beschäftigt die Seidenbandindustrie 20 306 Personen, wovon 11 155 Fabrik- und 9151 Heimarbeiter, und wovon 6977 bzw. 7558 in der Schweiz, die anderen im Elsaß, Baden und Breuz sind. Rund 75 Proz. der Seidenbandweber gehören dem weiblichen Geschlecht an. Fast alle Seidenbandweber auf dem Lande besitzen einen kleineren oder größeren Landwirtschaftsbetrieb. Die Stundenlöhne bewegen sich in einem weiten Rahmen, von 11,5 und 42 bis 54 Cts. bei 12- bis 15stündiger Arbeitszeit. Die Jahreslöhne betragen in der guten Zeit 700—1200 Frank und gehen auch bis auf 1800 Fr., während sie in schlechten Zeiten selbst unter 600 Fr. bleiben.

Leinenweber, die namentlich noch im Kanton Bern vorkommen, erzielen Stundenlöhne von 7,9, 9,4, 10,8 Cts. usw.; Tuchweber solche von 3,4 bis 20,5 Cts. Ein junger 25jähriger Tuchweber gibt 5 Cts. Stundenlohn als seinen einzigen Verdienst an.

Die bedeutendste Heimarbeit in der Schweiz hat die Stickerindustrie, die 35 087 Personen beschäftigt, wovon allein 20 484 auf den Kanton St. Gallen entfallen. Es gibt verschiedene Arten von Stickereien, wie Handstickerei, Handmaschinenstickerei, Schiffli- und Kettenstickerei, wozu noch zahlreiche verschiedene Hilfsarbeiten kommen, die zu einem großen Teil von Arbeiterinnen in Fabriken oder zu Hause verrichtet werden. Die Etiketten an den Ausstellungsgegenständen lassen sehr viel schlechte Löhne erkennen, von nur 3,4, 4,2, 5, 7 Cts., dann auch von 14 bis 20 Cts. und sogar von 65 Cts., welchen Stundenlohn ein Handmaschinensticker erzielte. Eine 59jährige Hausfrau in Uznil bei St. Gallen verdient in der Stunde 8 Cts. und muß davon leben. Schlimm ist das Abzugswesen. Wegen geringer Fehler wird dem Arbeiter das ganze Arbeitsstück zurückgeschlagen, so daß er den Lohn verliert und noch das Mehrfache daraufzahlen muß, das ihm später vom Lohn abgezogen wird. Das zurückgeschlagene Stück kann dann der Sticker für einen kleinen Betrag an einen Kaufmann verkaufen. Nach Dr. Schuler kommt im Durchschnitt ein Sticker auf kaum mehr als 3 Fr., eine Nädlerin auf 1,20 bis 1,50 Fr. pro Tag.

In der Strickerei, Häkelei und Knüpferei sind Stundenlöhne von 5,6 Cts. (als Hauptverdienst einer 53jährigen alleinstehenden Arbeiterin), 8,4, 9,5 Cts. usw. angegeben. Die meisten halten sich über 10 bis 20 Cts., eine Seidenfräusenknüpferei kommt auf 48 Cts., eine 70jährige Witwe in Zürich gibt als ihren einzigen Verdienst den Stundenlohn von 3,8 Cts. an, eine 56jährige Witwe einen solchen von 2,5 Cts.!

Zu den bedeutenderen Zweigen der Hausindustrie gehört auch die Konfektion, die durch eine starke Wäsche- und Kleiderausstellung vertreten ist. In der Wäschekonfektion sinkt der Stundenverdienst bis auf 5 Cts. herab, während das Maximum bis auf 56 Cts. steigt, jedoch viele Löhne zwischen 10 und 20 Cts. sich bewegen. Etwas besser sind die Löhne in der Damenkonfektion, und hier wird wieder mit den Blumen mehr verdient als mit den Röden. Die Stundenverdienste betragen 15,5 bis 65,5 Cts., letzteren Lohn verdient aber nur ein männlicher Heimarbeiter. Die meisten Löhne bleiben unter

30 Cts. Die männlichen Arbeiter der Herren- und Knabenkonfektion bringen es auf 26 bis 59,6 Cts., viele von ihnen bleiben unter 40 und 30 Cts. Bei den meisten Heimarbeiterinnen ist der Arbeitsraum zugleich auch Wohnraum, öfters auch Schlafraum.

Die Korsett Schneiderinnen in Zürich kommen auf einen Stundenlohn von 17 Cts., 22 Cts. und 27,3 Cts., Schirmmacher auf 14,2 Cts., 26 bis 30,4 Cts. Mit dem Hanfspulen werden 5,4 Cts., 5,6 Cts., 5,7 Cts. bis 15 Cts. in der Stunde verdient.

Die elendesten Lohnverhältnisse weist die Strobindustrie mit ihren 6000 Heimarbeitern bzw. Arbeiterinnen auf, die zum größten Teil im Kanton Aargau wohnen und hungern. Hier bleiben die meisten Stundenlöhne unter 10 Cts., sinken bis auf 0,4 Cts. und erreichen ein Maximum von 25 Cts. Diese elenden Hungerlöhne werden von gewissenlosen Ausbeutern vielfach erst nur in Spezereien oder „Naturalien“ ausbezahlt. Die Unternehmer machen für die von ihnen gezahlten schlechten Löhne die japanische Konkurrenz verantwortlich, unter der aber offenbar ihr Profit so wenig wie der Zwischenhändlergewinn leidet. Die Korbmacher weisen Stundenlöhne von 8,9 bis 36 Cts. auf.

Die teilweise gewerkschaftlich organisierten Holzschmiedler im Berner Oberland berichten über Stundenlöhne von 15—53 Cts. Es sind qualifizierte Arbeiter, vielfach Künstler; Frauen und Kinder verrichten Hilfsarbeiten. Wie bei sehr vielen anderen Heimarbeitern spielt auch bei den Holzschmiedlern die „Saison“ eine Rolle, so daß sie z. B. vom August bis Weihnachten, also während 5 Monaten des Jahres, nichts oder nicht viel zu tun haben und dann natürlich auch nichts oder nicht viel verdienen.

In der Uhrenindustrie mit ihren 12 000 Heimarbeitern kommt der höchste Stundenlohn von 75 Cts. vor, aber daneben gibt es Stundenlöhne von 13,4 Cts., 19,8 Cts., 24 Cts., 28 Cts., 33 Cts., 39 Cts., 44 Cts., 50 Cts. usw. In Chaux-de-Vilieu bilden 28,85 Cts. Stundenlohn den einzigen Verdienst eines Uhrenarbeiters, und um diesen Lohn zu erzielen, arbeitet die ganze Familie mit. In St. Croix (Kanton Waadt) ist die Musikdosenerindustrie zu Hause. Die Stundenlöhne betragen 11 Cts., 23 Cts., 38 Cts. und 50 Cts., die aber zum Teil in Waren bezahlt werden. Vorlohn wird auf Verlangen gewährt, die Abrechnung erfolgt halbjährlich. Ein wahrhaft idyllischer Zustand für den Unternehmer!

Die Stundenlöhne der Zigarrenarbeiter und -Arbeiterinnen bleiben auch größtenteils unter 20 Cts., Kinder kommen mit dem Ausstreifen auf 4½ Cts. Nur wenige bringen es über 20 und 30 Cts. hinaus und es sieht daher der Stundenlohn von 51,6 Cts. ganz „phantastisch“ aus.

In der hausindustriellen Bürstebinderei betragen die Löhne 14—30 Cts., in einem Falle 66 Cts. Mit Papierfäden, Kartonnagearbeiten und Gebetbüchern lassen sich 3 Cts. bis 31 Cts. verdienen. Der fromme Gebetbüchertapitalist behält der Heimarbeiterin ohne Grundangabe 10 Proz. vom Lohne zurück. Rosenfranzarbeiten tragen Stundenlöhne von 4,5 bis 9¼ Cts. ein, um so größer wird wohl der Unternehmer- und Zwischenhändlerprofit sein, den sie dann als „den Segen Gottes“ preisen, während er der unbezahlte Mehrwert der ausgebeuteten armen Heimarbeiterinnen ist.

Konfektionsarbeiterin mit ihrer 11köpfigen Familie wohnt. In der Arbeitshalle arbeiten je ein Seidenband- und Leinenweber, Schuhmacher, Schneider, Holzschneider, Bürstenbinder, Zigarrenmacher und zwei Strohhutarbeiterinnen. Sie haben hier den Achtstundentag und einen von der Ausstellungsleitung gezahlten Lohn bzw. Lohnzuschlag und damit zweifellos die besten Arbeitsbedingungen in ihrem ganzen Leben. Schade, daß sie dann nachher wieder 10, 12, 14 bis 16 Stunden und zum Teil nur für wenige Koppen an Lohn, wie z. B. die Strohhutflechterinnen, arbeiten müssen. In der Stidereiabteilung ist neben der Fädelmaschine noch eine Handstidmaschine neuester Konstruktion aufgestellt, an der ein Handsticker arbeitet.

In der literarischen Abteilung gewähren zahlreiche Photographien Einblicke in die Arbeits-, Wohnungs- und Familienverhältnisse der Heimarbeiter; graphische Karten orientieren über die geographische Verbreitung der Hausindustrie in den verschiedenen Landesgegenden, statistische Tabellen über den Anteil der beiden Geschlechter an der Heimarbeit in den verschiedenen Industrien, über Arbeitslöhne usw.

Die Ausstellungsgegenstände sind mit Etiketten versehen, auf denen durch exakte Angaben Auskunft gegeben wird über die Art der Arbeit, den Wohnort des Heimarbeiters, über die Arbeitszeit für ein bestimmtes Stück oder eine bestimmte Menge, über Brutto- und Nettolöhne, Auslagen für Futuraturen, durchschnittliche Stundenlöhne, Arbeitsraum, Wohnungs- und Familien-, Gesundheits- oder Krankheitsverhältnisse. Diese Angaben zusammen bilden ein reiches Tatsachenmaterial, das uns das ganze ergreifende Elend der Heimarbeiter und ihrer Familien vor Augen führt und das einen ungemein wertvollen und wirksamen neuen Agitationsstoff zur Aufklärung und Organisierung der Arbeiter für uns bietet.

Für verschiedene Industrien sind durchschnittliche Stundenlöhne berechnet worden, die folgende Verdienste der Heimarbeiter zeigen: in der Schuhmacherei (Handwerk) 48,2 Cts., Beuteltuchweberei 34,4 Cts., Holzschneiderei 31,4 Cts., Sattlerei 23,7 Cts., Seidenbandweberei 22,9 Cts., Kleiderkonfektion 21,3 Cts., Wäschekonfektion 17,9 Cts., Plattstichweberei 16,5 Cts., Schuhmacherei (Fabrik) 14,8 Cts., Stiderei 13,4 Cts., Handschuhmacherei 12,2 Cts., Leinenweberei 11,1 Cts., Hätlei 10,2 Cts. und Seidenstoffweberei 8,4 Cts.

Es ist etwas überraschend, die Schuhmacher, die sonst nicht im Ruße stehen, hohe Arbeitslöhne zu erhalten, in dieser Zusammenstellung an der Spitze zu finden. Indessen handelt es sich in ihnen um geschickte Berufsarbeiter in den großen Städten, wo Tarifverträge und geregelte Lohnverhältnisse bestehen. Es stehen aber nur wenige Löhne über dem Durchschnitt bis zu 55,4 Cts., die meisten bleiben darunter und gehen bis zu 20,7 Cts. herab. So verhält es sich auch in den anderen Industrien, in denen ebenfalls einige wenige höhere Löhne den Durchschnittslohn empor schnellen, und man würde daher kein richtiges Bild von den tatsächlichen Lohnverhältnissen bekommen, wenn man auf die Durchschnittslohn allein abstellen wollte.

Weit zurück bleibt der Durchschnittslohn der Heimarbeiter für die Schuhfabrik, der kaum mehr als ein Drittel desjenigen der heimarbeitenden Schuhmachergehilfen beträgt. Für die Schuhfabriken arbeiten zu Hause meistens Frauen, die eine Teilarbeit ausführen und deren durchschnittlicher Stun-

denlohn bis auf 5,3 Cts. herabsinkt. Aber auch gelernte tüchtige Schuhmacher, die als Heimarbeiter für die Schuhfabrik tätig sind, bringen es bei fleißiger und anstrengender Arbeit nur auf 27,5 bis 35 Cts. pro Stunde.

In der Sattlerei mit wenig Heimarbeit, die sich in der Hauptsache auf Zürich und auf das Nähen von Schultaschen beschränkt, mit dem sich einige wenige Frauen beschäftigen, bewegt sich der durchschnittliche Stundenlohn je nach der Art der Arbeit zwischen 19,4 und 29,2 Cts. Die Handschuhmacherei beschäftigt hauptsächlich in Zürich und Einsiedeln Heimarbeiterinnen, deren Gesamtzahl nach der Betriebsstatistik von 1905 53 beträgt. Die durchschnittlichen Stundenlöhne schwanken zwischen 10,9 und 26,3 Cts. Eine 23jährige alleinlebende Arbeiterin in Zürich bezeichnet ihren Stundenlohn von 14 bis 15,5 Cts. als einzigen Verdienst, ebenso eine 28jährige Witwe in Einsiedeln ihren Stundenlohn von 14,9 Cts.

In der Textilindustrie ist besonders bemerkenswert die gute gewerkschaftliche Organisation der appenzellischen Plattstich- und Seidenbeutel-tuch-Weber und deren Einfluß auf die Höhe der Arbeitslöhne im Gegensatz zu den so gut wie gar nicht organisierten Seidenstoffarbeiterinnen mit ihren ganz schlechten Lohnverhältnissen. Von 3500 Plattstichwebern sind 2200, von den Beuteltuchwebern 98 Proz. organisiert und ist damit der glänzende Beweis dafür geleistet, daß auch die heimarbeitenden Weber für die Gewerkschaft gewonnen werden können. Die Beuteltuchweber haben Tarifvertrag mit Minimallohn und figurieren mit 34,4 Cents durchschnittlichen Stundenlohn in der Zusammenstellung der Durchschnittslohn in zweiter Reihe. Die Plattstichweber bleiben mit 16,5 Cts. erheblich weit dahinter zurück, stehen aber damit doch noch bedeutend über den 8,4 Cts. in der Seidenstoffweberei. Immerhin handelt es sich hier ausschließlich um Heimarbeiterinnen, während mit der Plattstich- und Beuteltuchweberei wenigstens nur Männer beschäftigt sind. Ist, abgesehen von den Heimarbeitern in den Städten, die Hausindustrie in der Schweiz sehr häufig mit der Landwirtschaft verbunden, so sind die Seidenstoffweberinnen zum größten Teil Angehörige kleinbäuerlicher Familien, denen sie mit dem Jahresverdienst von 350 bis 400 Francs, der in 240 Arbeitstagen bei der üblich langen Arbeitszeit von 11, 12 und mehr Stunden täglich erzielt wird, das nötige Bargeld liefern. In der Ausstellung findet man auf den Etiketten Stundenlöhne von 2,6 Cts., 3,1 Cts., 3,8 Cts., 5,3 Cts., 8 Cts., 10,4 Cts., 15,7 Cts., 20,5 Cts., die meisten Löhne bleiben wohl unter 10 Cts. Diese Hungerlöhne werden aber erst noch nur mit Hilfskräften (ältere Leute und Kinder) verdient, die das Spulen besorgen. Vielfach sind die paar Koppen der einzige Verdienst, und an den schönsten Punkten des Landes hungern diese armen Leute, wie z. B. oben auf dem Seelisberg am Vierwaldstättersee, wo eine alleinlebende 50jährige Frau an dem Stundenlohn von 5,3 Cts. ihren einzigen Verdienst hat und daher klagt, daß sie nicht genug Brot, Kartoffeln und Kaffee habe. Unmittelbar nebenan aber, im großartigen Grandhotel, werden 10 bis 15 Fr. täglich nur für das Zimmer bezahlt. Unter diesen Umständen darf man es gewiß als ein Glück bezeichnen, daß in der Seidenstoffweberei die Heimarbeit immer mehr zurückgeht. So verminderte sich die Zahl der Handwebstühle von 27 531 im Jahre 1871 auf 11 430 in 1906, während gleichzeitig die Zahl der mechanischen

Alle von bürgerlich-biedermeierischen Schönfärbern aus Interesse oder in himmelweiter Weltfremdheit um die Heimarbeit gewobene Poesie wird durch die Heimarbeitsausstellung mit ihrer düsteren und ergreifenden Naturwahrheit, die einfach zeigt, was ist, zerstört und das tiefe, unermessliche Heimarbeitelend aller Welt geoffenbart. Es soll nun auf der ganzen Linie die Selbsthilfe und Staatshilfe, die gewerkschaftliche Aktion wie die soziale Gesetzgebung in Bewegung setzen, um Gesundung und Besserung zu schaffen und mit der großen Schattenseite der gemeinschaftlichen Heimarbeit auf dem Gesellschaftsförderer aufzuräumen. Tritt dieser Erfolg ein, dann hat die Heimarbeitsausstellung in Zürich ihren Zweck erreicht. D. 3.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Verichtigung zur Gewerkschaftsstatistik. In der Bearbeitung der Statistik der Gewerkschaften ist uns bezüglich der Mitgliederzahlen des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufsgeoffenen ein Fehler entgangen. Auf S. 166 wird bemerkt, daß der Mitgliederzuwachs dieses Verbandes nicht so groß sei, als die Zahl der hinzugekommenen Mitglieder der Verbände der Formstecher und Photographen betrage. Das ist ein Irrtum, denn der absolute Zuwachs des Verbandes gegenüber den Ziffern der 3 Verbände am Schlusse des Jahres 1907 beträgt 492, wie in Tab. II richtig angegeben ist. Der Fehler entstand durch irrtümlichen Vergleich dieses letzteren Zuwachses mit der Mitgliederzahl der Verbände der Formstecher und Photographen. Wir bitten unsere Leser, von dieser Nichtigstellung Notiz zu nehmen.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands konnte am 18. August auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Der große Bergarbeiterstreik im Mai 1889, an dem etwa 130—140 000 Bergarbeiter teilnahmen, war mit einer Niederlage der Arbeiter beendet. Wohl hatten die Bergwerksbesitzer bestimmte Versprechungen gemacht, diese wurden aber nach Beendigung des Streiks nicht gehalten, die zur Arbeit wiederkehrenden Bergleute vielmehr verhöhnt und schikaniert. Bergwerksbesitzer traten auf mehreren Gruben die Arbeiter, empört ob dieser Behandlung, zu der sich noch die brutalste Schikaniierung durch die Behörden und die Justiz gesellte, erneut in den Ausstand. Sie hatten aber keine Organisation, keine einheitliche Leitung und keine Mittel. Den Grubenherren dagegen standen neben ihren Kiefenkapitalien der ganze Apparat des Klassenstaates zur Seite. Schon die beiden Kaiseraudienzen zeigten, wer das größere Ansehen genoss: Die Lohnsklaven oder die steinreichen Grubenbesitzer. Als am 14. Mai eine Deputation der Bergleute mit Ludwig Schröder an der Spitze dem Kaiser ihre Forderung auf die achtstündige Arbeitszeit unterbreitete, so wie sie ihre Väter gehabt hätten, antwortete der Kaiser: „Ihr seid kontraktbrüchig“, der Streik sei ungesetzlich. Und er fuhr fort:

„Sollten aber Ausschreitungen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung vorkommen, sollte sich der Zusammenhang der Bewegung mit sozialdemokratischen Streifen herausstellen, so würde ich nicht imstande sein, Eure Wünsche mit Meinem königlichen Wohlwollen zu erwägen. Denn für Mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind. Merke ich daher, daß sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen und zu ungesetzlichem Widerstand anreizen, so würde

Ich mit unnahezu strenger Zurechtweisung die volle Gewalt, die Mir zusteht — und dieselbe ist eine große — zur Anwendung bringen.“

Am fünftägigen Tage kamen die Bergherren zum Kaiser. Kein Wort davon, daß sie den Bergleuten die achtstündige Arbeitszeit, die durch uralte Tradition zum heiligsten Wohnheitsrecht geworden war, geraubt hatten. Der Kaiser gab den Bergherren immerhin den wohlmeinenden Rat, mit den Arbeitern Fühlung zu halten. Wie sie diesen Rat beherzigt haben, davon legten die verschiedensten Ergebnisse der dazwischen liegenden 20 Jahre Zeugnis ab. Schon gleich nach Beendigung des damaligen Kampfes begann eine neue Leidenszeit der Bergknappen und die Bedrängnisse zwangen sie, sich auf einen Kampf mit diesem übermütigen und mächtigen Unternehmertum zu rüsten.

So ging der Verband der Bergarbeiter als ein Produkt jenes großen Kampfes hervor. Am 18. August 1889 trat in Dorstfeld bei Dortmund ein Bergarbeitertag zusammen, der die Gründung des „Verbandes zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland-Weistfalen“ beschloß. In späteren Jahren wurde dieser Verband ausgebaut zu einer das ganze Reich umspannenden Organisation der deutschen Bergknappen. Der Verband zählt heute 112 000 Mitglieder und besitzt ein Vermögen von 3 Millionen Mark.

Vor 20 Jahren noch organisationslos, haben sich die Bergleute inzwischen eine Organisation geschaffen, die zweifellos eine Macht im Bergbau bedeutet. Aber diese Macht könnte eine viel größere sein, sie könnte viel intensiver zur Wahrung und Förderung der Interessen der Bergleute ganz Deutschlands beitragen, würden sich die bergmännischen Arbeiter nicht eine politische Nebenzwecke verfolgende sogenannte christliche Sonderorganisation leisten, die bisher nur zur Stärkung der Macht der Bergherren beigetragen hat. Hoffen wir, daß die nächsten 20 Jahre die Bergleute von der Notwendigkeit der Einigkeit und der Geschlossenheit ihrer Organisation überzeugen.

Zu der Polemik des Herausgebers der „Neuen Zeit“ und des „Vorwärts“ gegen den Vorsitzenden der American Federation of Labor, Gompers, und dessen Empfang durch die deutschen Gewerkschaften, äußert sich die „Waldenbinderzeitung“ wie folgt:

„Gompers ist als Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften und nicht im Auftrage einer politischen Partei in Deutschland anwesend und soll Verbindungen mit den europäischen Gewerkschaften anknüpfen. Daß solche Verbindungen zustande kommen, daran haben die deutschen Gewerkschaften und ihre nach Amerika auswandernden Mitglieder ein dringendes Interesse. Aber nicht nur diese, sondern auch die Partei sollte sich, eingedenk des Mahnwortes: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ — dessen freuen, wenn die Beziehungen zwischen den europäischen und den amerikanischen Gewerkschaften inniger werden, weil das sicher die letzteren im Geiste des Sozialismus beeinflussen würde. Natürlich mit den Methoden des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“ lassen sich solche Verbindungen nicht ermöglichen.“

Einem Examen über seine politischen Anschauungen braucht sich Gompers als Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften nicht zu unterwerfen. Ebenso wenig brauchen sich die Gewerkschaften von den Redakteuren der politischen Presse Verhaltensregeln zu holen, wie sie Vertreter ausländischer Gewerkschaften zu empfangen und mit ihnen und auf welche Art sie ihre internationalen Verbindungen anzuknüpfen haben, da sie das selber besser verstehen.“

Wir haben diesen verständigen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Zum leitenden Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“ an Stelle des ver-

vorbenen Genossen Deinhardt haben Verbandsvorstand und Ausschuss des Holzarbeiterverbandes den bisherigen zweiten Redakteur des Blattes, Genossen M. Kahfer, gewählt. An seine Stelle tritt der bisherige Hilfsarbeiter im Verbandsbureau, Genosse Franz Kijner.

Die Mitgliederzahl des Verbandes der Porzellanarbeiter betrug am Schlusse des 1. Quartals 10 899. Das Vermögen der Hauptkassa belief sich am Schlusse des 2. Quartals auf 88 922,29 Mk.

Dem Schmiedeverband ist am 16. August eines seiner ältesten und treuesten Verbandsmitglieder, Ernst Hilmer, entrisen worden. Hilmer war am 28. November 1848 geboren, hat also ein Alter von 60 Jahren erreicht. Schon in vorsozialistischer Zeit war Hilmer sowohl gewerkschaftlich als politisch in der Arbeiterbewegung tätig. Er gehörte zu den Gründern und ersten Agitatoren der Schmiedeorganisation, nahm an der Gründung des Schmiedegesellenvereins für Hamburg-Altona im Jahre 1877 teil und vertrat diese Hamburger Organisation auf dem Leipziger Schmiedekongress im gleichen Jahre. Dieser Kongress beschloß, einen "Verband der deutschen Schmiede" ins Leben zu rufen. Als das Sozialistengesetz die Organisation vernichtet hatte, war Hilmer einer der ersten, die aus den Ruinen eine neue Organisation zu schaffen begannen. Er ist bis zum letzten Tage seines Lebens treues und tätiges Mitglied seiner Organisation geblieben, in der er im Laufe dreier Dezennien die verschiedensten und verantwortlichsten Ämter bekleidete.

Auch an der politischen Arbeiterbewegung hat Hilmer stets, auch in der Zeit der schwersten sozialistischen Verfolgungen, regen Anteil genommen. Die Hamburger Sozialdemokratie ehrt in dem Verstorbenen einen ihrer treuesten Kämpfer.

Am meisten ist Hilmer den Gewerkschaftsmitgliedern aller Berufe als Wirt des allbekanntesten "Gewerkschaftslokals, der jetzt nicht mehr bestehenden "Reisingehalle" in Hamburg, bekannt geworden, wo lange Jahre das Zentrum der Hamburger Gewerkschaftsbewegung war und wo sich die Gewerkschaftsberiberge befand. Gewinn hat er aus diesem Betrieb nicht gezogen; in größter Armut ist der brave Genosse gestorben.

Der Verband der Tapezierer zählte am Schlusse des zweiten Quartals 8125 Mitglieder. Für Arbeitslosenunterstützung wurden in den Zahlstellen 6598,63 Mk. verausgabt. Das Verbandsvermögen betrug 120 645,87 Mk., davon 52 517,51 Mk. in den Lokalkassen.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Zimmererverbande am 26. Juni 1909 im Vergleich zu den Zählungen im gleichen Monat der Vorjahre unterrichtet folgende Tabelle:

Jahr	Es beschäftigt sich		Nicht arbeitslos waren		Arbeitslos waren wegen					
	Zahlstellen	Mitglieder	Mitglieder	in Prozenten	Arbeitslosigkeit	in Prozenten	Witterungs-einflüsse	in Prozenten	Arbeitsmangels	in Prozenten
1907	438	32418	31044	95,78	651	2,02	2	0,08	687	2,12
1908	515	40811	39440	96,64	748	1,83	18	0,05	605	1,48
1909	554	43713	42031	96,15	858	1,97	294	0,67	530	1,21
1908	596	46878	44294	94,49	960	2,05	53	0,11	1571	3,35
1909	515	39786	38416	96,56	730	1,84	105	0,26	535	1,34

Aus der Statistik sind die Zahlstellen ausgeschrieben, die sich im Lohnkampfe befanden. Es

waren dies am 26. Juni 1909 15 Zahlstellen mit 287,5 Mitgliedern.

Zur Abwälzung der Schnapskonsumsteuer.

In der Gewerkschaftspresse sind eifrige Vorträge zu verzeichnen, die Arbeiterchaft zum Kampfe gegen einen Teil der vom Schnapsblod im Reichstage beschlossenen indirekten Steuern aufzurufen. Bezüglich der Biersteuer ist dabei zu bemerken, daß in vielen Städten die Gewerkschaftsmitglieder sich in ihrer Eigenschaft als Konsumenten mit voller Energie bemühen, den Raubzug auf ihre Taschen abzuwehren, den die Brauereien, zum Teil auch die Gastwirte aus Anlaß der neuen Steuern unternehmen. In verschiedenen Orten zeitigte dieser Kampf bereits einen Erfolg.

Die Gewerkschaftspresse wendet sich nun einmütig gegen die Schnapssteuer, die die Steuerreform dazu benutzt haben, mit Hilfe des Zentrums und der christlichen Gewerkschaftsführer eine neue Extraliebergabe für sich herauszuschlagen. Die Schnapssteuer beträgt 80 Millionen Mark, die Liebergabe 45 Millionen Mark. Diese Steuer haben die arbeitenden Volksmassen nur dann zu tragen, wenn sie den Lufel trinken. Dazu liegt aber kein Anlaß vor. Den Schnaps, den die Junker brennen, mögen sie selber trinken, das ist das einmütige Urteil der Gewerkschaftspresse, auch der Dirich-Dunderschen, soweit sie bisher zu diesem neuen Raubzuge Stellung nahm. Wir können uns dieser Auffassung nur voll und ganz anschließen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sollten überall sich entschließen, den Branntwein nicht zu trinken. Das ist zurzeit der einzige Weg, den Junkern diese vielen Millionen-Marksteuern zu entziehen.

Kongresse.

Vierter ordentlicher Verbandstag des Verbandes der Tapezierer.

Der Verbandstag fand in der Zeit vom 18. bis 22. Juli im Berliner Gewerkschaftshause statt und hatte sich ausschließlich mit den laufenden Geschäften zu befassen. Tagesordnungspunkte von besonderer Wichtigkeit waren nicht zu behandeln.

Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes veranlaßte eine sachliche Diskussion. Die von der Rechnungsprüfungskommission beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt. Eine etwas ausgedehntere Debatte entstand beim Bericht über die Presse. Zunächst wurde von einigen Orten beantragt, den Beschluß des vorigen Verbandstages auf städtiges Erscheinen der Zeitung wieder aufzuheben und sie in Zukunft nur alle 14 Tage erscheinen zu lassen. Doch wurde ein dahingehender Antrag gegen 1 Stimme abgelehnt, ebenso gegen 2 Stimmen ein Antrag, der verlangte, daß während der eigentlichen Saison das Blatt achtstündig und sonst vierzehntündig erscheinen solle. Die bezüglich des Inhaltes geäußerten Wünsche wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Bei den Punkten: Bericht vom Internationalen Holzarbeiterkongress, Bericht vom Internationalen Arbeiterkongress, Bericht vom Gewerkschaftskongress wird auf besondere Weise verachtet, da die Delegierten durch die Presse hinreichend über die Verhandlungen und Beschlüsse jener Kongresse unterrichtet sind. Es wird sofort in die Diskussion eingetreten, die sich hauptsächlich

um die Maifeier dreht. Die Tapezierer einschließlich der Verbandsleitung sind entschiedene Anhänger der Arbeitsruhe am 1. Mai, können es auch sein, da die Durchführung der Maifeier im Verufe keine Schwierigkeiten bereitet und fast gar keine Kosten verursacht hat. Zur Maifeier wurde nachstehende Resolution, und zwar in ihren beiden ersten prinzipiellen Sätzen einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag stellt sich auf den Standpunkt der internationalen Arbeiterkongresse und erblickt in der Maifeier durch Arbeitsruhe den würdigsten Ausdruck für die Forderungen der Arbeiter auf Gewährung des gesetzlichen Achtstundentages und eines wirklichen Arbeiterschutzes. Er erwartet von den Kollegen, daß sie in ihrem Wirkungskreis die Ideen der Maifeier propagieren und überall da, wo die Möglichkeit vorhanden ist, sich den von den örtlichen dazu berufenen Körperschaften beschlossenen Veranstaltungen anschließen. In den sogenannten gemischten Betrieben haben sich unsere Kollegen nach erfolgter Verständigung mit den anderen in Betracht kommenden Organisationen, wenn von unseren Kollegen drei Viertel organisiert sind und von den Gesamtbeschäftigten zwei Drittel für die Arbeitsruhe gestimmt haben, der Bewegung anzuschließen. In Reinebetrieben haben die Kollegen zu feiern, wenn drei Viertel organisiert sind und sich zwei Drittel der Beschäftigten dafür erklären. Die Kollegen werden bei Aussperrung vom 4. Tage an bis zur Dauer von sechs Wochen nach den Sägen der Streikunterstützung unterstützt.“

Beim Punkte: Lohnkämpfe und Tarifverträge legt der Verbandsvorsitzende Bes- per eingehend die Stellung des Verbandes zur Frage der Tarifverträge wie die Grundsätze für die Taktik bei Lohnbewegungen dar. Der Redner führte u. a. aus, daß die Tarifverträge wohl Nachteile für die Arbeiter mit sich bringen, daß aber die Vorteile überwiegen. Die Tarifverträge seien größtenteils gegen die Absicht der Unternehmer zustande gekommen und von der Gehilfenschaft erkämpft worden. Damit habe der Verband sich die Anerkennung der Unternehmer verschafft. Die Centrale der Arbeitgeberschutzverbände im Tapezierergewerbe habe im vorigen Jahre einen Antrag angenommen, wonach bei Lohnstreitigkeiten die Gehilfenorganisation im allgemeinen prinzipiell anzuerkennen sei. Bei den Unternehmern ist der Gedanke aufgetaucht, eine über das ganze Reich geltende Tarifgemeinschaft anzustreben, und ein Leipziger Tapezierermeister hat dazu die Meinung laut werden lassen, daß die seiner Ansicht nach zu hohen Löhne der größeren Städte herabgesetzt, die allzu niedrigen in kleineren und mittleren Städten etwas erhöht werden sollten. Eine solche Regelung ist selbstverständlich für die Gehilfenschaft nicht annehmbar. Ueberhaupt sind, wie der Redner darlegt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Orten noch viel zu ungleich, um einen Reichstarif zu schaffen. Dazu kommt, daß die Unternehmerorganisationen keine Gewähr dafür bieten können, daß ein Reichstarif überall innegehalten wird. Nach den Angaben vom vorigen Jahre gehörten der Centrale 13 Unternehmerverbände des Berufes an und die organisierten Arbeitgeber beschäftigten 2657 Arbeiter, also nur einen geringen Teil der Arbeiterschaft des Berufes. Unter diesen Umständen hat die Gehilfenorganisation um so weniger Ursache, auf die Schaffung eines Reichstarifes zu drängen. Vielmehr muß erst einmal in den kleineren und mittleren Städten für Besserung der Verhältnisse gesorgt werden, um so mehr, als davon auch der Fortschritt in den größeren Städten abhängig ist. Tarife sollen nicht abgeschlossen werden, um überhaupt einen Tarif zu haben, sondern ihres Inhalts wegen.

In der Debatte über diesen Punkt wurden die Tarifverhältnisse der einzelnen Orte recht ausführlich besprochen; im allgemeinen ist man mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Beschlüsse hierzu wurden nicht gefaßt.

Beim Punkte: Die finanzielle Lage des Verbandes, wird nach einer eingehenden Aussprache mit 38 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmenthaltung der Beitrag für männliche Mitglieder von 50 auf 60 Pfg., für weibliche Mitglieder von 25 auf 30 Pfg. pro Woche erhöht. Die beantragten Erhöhungen der Unterstützungsätze werden, um die finanzielle Gefundung nicht zu verhindern, gegen einige wenige Stimmen abgelehnt. Die Anträge auf Gründung einer besonderen Abteilung und Beitragsklasse für Lehrlinge wurden abgelehnt. Dagegen wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Verbandstag verpflichtet die Verbandsmitglieder, sich mehr als bisher der Lehrlinge anzunehmen. Besonders ist dahin zu wirken, daß die Lehrlinge sich an den Veranstaltungen der örtlichen Ausschüsse zur Bildung der Jugend beteiligen. Die Filialleitungen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Frage der Lehrlingsausbildung und des Lehrlingschutzes eine größere Aufmerksamkeit zugewandt wird, damit die Beschlüsse des sechsten Gewerkschaftskongresses über die Jugendbewegung in die Tat umgesetzt werden.“

Allen jugendlichen Personen, die innerhalb zwei Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbands der Tapezierer beitreten, kann, wenn sie nachweislich mindestens 52 Wochen ununterbrochen einer proletarischen Jugendorganisation angehört haben, sofort Reiseunterstützung bis zur Höhe von 15 M. gewährt werden. Alle etwa bis zum Uebertritt geleisteten Beiträge sind, in 60 Pfg. Beiträgen umgerechnet, auf die sonstige Bezugsberechtigung im Verband anzurechnen. Die solcher-gestalt Ueberretenden sind von Zahlung eines Eintrittsgeldes entbunden.“

Ferner wurde beschlossen, daß jugendlichen Mitgliedern bis zu 19 Jahren die „Arbeiter-Jugend“ gratis geliefert wird.

Bezüglich der Gaueinrichtungen entstand eine lange Debatte. Bemerkenswert hierbei ist der Beschluß, daß die besoldeten Gauleiter nicht, wie vorgeschlagen, durch Hauptvorstand und Ausschuß, sondern durch den Verbandstag gewählt werden sollen.

Die Diskussion und die Beschlüsse zum Statut und zum Reglement für Lohnbewegungen sind im allgemeinen ohne große Bedeutung für die Wichtigkeit, interessant ist indessen ein Beschluß zum Reglement. Der Vorstand hatte vorgeschlagen, daß der Vorstand auch über die Beendigung der Bewegung zu entscheiden habe. Dem wurde wohl zugestimmt, aber statt des vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Zusatzes:

„In diesem Falle ist möglichst vorher eine Verständigung mit der Ortsverwaltung und den Streikenden herbeizuführen“ wurde folgender von Berlin vorgeschlagener Zusatz angenommen:

„Erklären sich zwei Drittel der beteiligten Mitglieder in geheimer Abstimmung gegen die Beendigung derselben, so gelten die bezüglichen Anträge des Hauptvorstandes als abgelehnt.“

Die Anträge, den Hauptvorstand zu beauftragen, zwecks Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband in Verbindung zu treten, wurden abgelehnt.

Zum Punkte: Reichsversicherungsordnung wird eine längere, scharf ablehnende Resolution angenommen.

Die Gehaltsverhältnisse werden nach den Vorschlägen einer eingesetzten Kommission geregelt. An Stelle des von Berlin verziehenden Vorsitzenden

Vesper wird der bisherige Kassierer Spliedt gewählt, für diesen tritt Engel-Dresden ein. Der bisherige Redakteur Becker wird einstimmig wiedergewählt, ebenfalls die beiden Gauleiter. Der nächste Verbandstag soll in Köln stattfinden.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Der Kampf im Hamburger Baugewerbe, der seit Mai andauerte, ist nunmehr mit einem schönen Erfolg der Arbeiterschaft beendet worden. Die Arbeit wird jetzt zum bisherigen Lohnsatz aufgenommen, im nächsten Jahre finden sodann zwei Lohnerböhrungen von zusammen 5 Pfg. pro Stunde statt. An diesen Lohnerböhrungen sollen auch die Arbeitergruppen partizipieren, die mit der Bewegung gar nichts gemein hatten, sondern von den Unternehmern lediglich aus Gründen der Sympathie ausgesperrt wurden. Die Aussperrungswut der Hamburger Bauunternehmer hat diesmal eine nicht unbedeutende Abkühlung erfahren.

Schweden. Der Kampf dauert nunmehr in der vierten Woche unverändert fort. Die Arbeiterschaft steht fest entschlossen, diesen Kampf durchzuführen. Selbst die Unorganisierten halten bis auf wenige Ausnahmen noch Stange.

Dagegen hatte der Vorstand des gelben Arbeiterverbandes seine Mitglieder aufgefordert, am letzten Montag die Arbeit aufzunehmen. Die Mitglieder in den meisten wichtigen Verbandsorten haben den ihnen zugemuteten Verrat abgelehnt und protestieren gegen die unwürdige Haltung ihrer Centralleitung, die nun wiederum gegenüber dem Protest der Mitglieder zugibt, der Beschluß sei übereilt gewesen. Die Folge des von der Leitung begangenen Verrats ist bereits eine Zerspaltung der gelben Organisation.

Die Zeitungsverleger in Stockholm und Göteborg geben gegen den Buchdruckerverband wegen Vertragsbruchs gerichtliche Vor. In Stockholm verfügte man bereits zur Deckung der Schadenserfordernisse der Zeitungsverleger die gerichtliche Beschlagnahme der Verbandskassenbestände, die sich auf etwa 1/2 Millionen Kronen beziffern sollen. Die Vollstreckungsbeamten fanden indes nur 241 Kronen.

Die schwedischen Frauen haben sich der Aktion des Bürgerturns angeschlossen, die von der Regierung ein vermittelndes Eingreifen verlangt. Eine Deputation der Frauen mit der Dichterin Selma Lagerlöf an der Spitze wollte dem König und dem Zivilminister eine diesbezügliche Petition überreichen, traf aber beide Herren nicht an!

Die Regierung entpuppt sich immer mehr als Hüter des organisierten Unternehmertums. Soeben hat sie eine offizielle Darstellung des Kampfes in deutscher Sprache zur Beruhigung der deutschen Gläubiger der schwedischen Industrie herausgegeben. Diese Darstellung hätte auch in der Unternehmerzentrale nicht tendenziöser zugunsten der Unternehmer ausfallen können.

Arbeiterversicherung.

Vom Centralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

Vom 8. bis 10. August 1909 fand in Bremen im „Safino“ die 16. Jahresversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen

Reich statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung waren Einladungen an sämtliche Ortskrankenkassen ergangen, denen auch zahlreiche Folge geleistet worden war. Die Versammlung war daher die stärkste, welche der Verband je abgehalten hat. Nach der Präsenzliste waren 440 Delegierte anwesend, welche 240 Massen und Massenverbände vertraten. Der Versammlung lag ein sehr ausführlicher Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1908/09 vor. Nach diesem gehören dem Verbande 267 einzelne Massen und Massenverbände mit über 4 Millionen Versicherten an. Der Bericht enthält Mitteilung über die Tätigkeit der Unterverbände und alle wichtigen sozialpolitischen Vorgänge. Der zwischen dem Centralverband und dem Verband der Bureauangestellten abgeschlossene Tarifvertrag ist von 126 Massen mit 1 311 656 Mitgliedern eingeführt worden. Dadurch wurde für 1131 Angestellte eine sofortige Gehaltserhöhung von 12 8/7 Mk. pro Monat erwirkt. Die Instanzen der Tarifgemeinschaft (Centraltarifamt und Bezirkstarifämter) hatten eine rege Tätigkeit zu entfalten.

Die Verhandlungen bestanden in der Hauptsache in einer Besprechung des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung. Zwar hat darüber schon ein allgemeiner Krankenkassenkongreß im Mai 1909 in Berlin stattgefunden, doch sind auf demselben nicht die speziellen, die Ortskrankenkassen berührenden Fragen berücksichtigt worden. Das Hauptreferat über die Angelegenheit auf dem Ortskrankenkassenstag hatte Professor Dr. Stier-Somlo in Bonn, der über „die innere Verfassung der Krankenversicherung, Aufbringung der Mittel, Verhältnis der Massen zu den Ärzten“ sprach. Man muß anerkennen, daß seine Rede in Form und Inhalt eine Meisterleistung war. Auch mit seiner Kritik und seinen Forderungen kann man sich einverstanden erklären. Redner behandelte zunächst die Arztfrage und führte aus, daß die Reichsversicherungsordnung den Ärzten ein Geschenk bringe. Sie erkläre ausdrücklich, daß ärztliche Behandlung nur die Behandlung durch einen staatlich approbierten Arzt sei. Die Inanspruchnahme sonstiger Heilpersonen ist nur in wenigen bestimmten bezeichneten Ausnahmefällen zulässig. Ein weiteres Geschenk an die Ärzte gibt die Reichsversicherungsordnung durch die ausdrücklich vorgeschriebene Einführung von Ärzteordnungen, welche den Ärzten eine große Sicherheit in den Anstellungsbedingungen bringe. Wenn die Ärzte verlangen, daß die freie Arztwahl als Monopol hingestellt wird, so beweisen sie nur, daß sie kein Gefühl für die Selbstverwaltung der Massen haben. Es zeige sich überhaupt oft, daß die Ärzte kein Verständnis für die aufstrebende Arbeiterbewegung haben. Sie üben sich in Klagengeist. Und doch gehören den großen sozialen Zielen die Zukunft. Redner wendet sich dann gegen die Ärztestreiks, die er als eine Schande in der sozialen Entwicklung bezeichnet. Hinsichtlich der inneren Organisation der Krankenkassen fordert Redner, daß die seitherigen Einrichtungen aufrechterhalten werden sollen, zumal die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge gar nicht zahlen wollen. Ganz besonders zu verwerfen sei die „Krone“ der neuen Organisation: Der sogenannte unparteiische Vorsitzende. Den Hausgemerbetreibenden, landwirtschaftlichen Arbeitern usw. müsse auch das Selbstverwaltungsrecht in den Landkrankenkassen eingeräumt werden. Man fürchte aber, daß dies der erste Schritt zum

Koalitionsrecht der Landarbeiter sei. In der Verleumdung der Verwaltung der Ortskrankenkassen sei viel geleistet worden. Er selbst sei erst darauf hineingefallen. So sei einmal ein Märchen von einem sozialdemokratischen Klassenbeamten in Köln durch die Zeitungen gegangen. Später habe er erfahren, daß dieser — „jungliberal“ gewesen sei. Bei der Selbstverwaltung der Krankenkassen handele es sich um eine Sache, an der ca. 20 Millionen Arbeiter beteiligt sind. Es ist nicht gleichgültig, ob diese verdrossen oder freudig der Sache gegenüberstehen. Wenn die Vorschläge der Reichsversicherungsordnung Gesetz werden, ist es mit der Volkstümlichkeit der Arbeiterversicherung vorbei und wir können sagen: Deutschland, gute Nacht! Deshalb müssen wir jetzt den Mut haben, zu sagen, was nützt.

Es ist immerhin anzuerkennen, daß ein preussischer Universitätsprofessor (Dr. Stier-Somlo lehrt an der feudalen Universität Bonn öffentliches Recht) solche offene Worte findet. Die Versammlung spendete ihm denn auch lebhaften Beifall. Zu dem Verhandlungsgegenstand (wie auch zu den übrigen Abschnitten der Reichsversicherungsordnung) lagen eine Anzahl Anträge auf Aus- und Umgestaltung der einzelnen Bestimmungen des Regierungsentwurfs vor. Man beschloß jedoch, von einer eingehenden Beratung der Vorschläge abzusehen. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß diese Verbesserungsanträge immerhin Stückwert darstellen. Durch Beratung und Annahme derselben könne nach außen der Eindruck erweckt werden, als habe der Kongreß nur die wenigen Punkte zu kritisieren. Die Versammlung einigte sich dahin, die Anträge über auf dem letzten allgemeinen Krankenkassenkongreß gewählten Kommission zu überweisen, welche Material zur Reichsversicherungsordnung zu sammeln und es den gesetzgebenden Stellen zu unterbreiten hat.

Nunmehr sprach der Vorsitzende der Ortskrankenkasse Leipzig über: „Umfang und Träger der Reichsversicherungsordnung, Versicherungsbehörden, gemeinsame Vorschriften“. Redner bemängelt besonders, daß die seit Jahren geforderte Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung nicht durchgeführt werden soll. Heute verschlingt die Verwaltung der Arbeiterversicherung jährlich mehr als 40 Millionen Mark. Es ist unbedingt notwendig, daß die Regierung dem Mitleid derjenigen, die in der Versicherung jahrelang praktisch gearbeitet haben einen Wert beilegt. Durch die vorgeschlagenen „Versicherungsämter“ wird die Versicherung nur noch bürokratischer und durch die Zusatzversicherung noch komplizierter.

Mit Satire referierte sodann Arbeiterssekretär Eduard Gräf-Frankfurt a. M. über: „Umfang und Gegenstand sowie äußere Verfassung der Krankenversicherung“. Redner verkennet nicht, daß die Vorlage auch Vorteile für die Versicherten bringt. Aber diese werden durch die Nachteile überwogen. Anzuerkennen sei die Erweiterung des Kreises der Versicherten. Dagegen sei zu bemängeln die Beibehaltung der Betriebs- und Innungskrankenkassen, das Bestehen bleiben der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht auf 2000 Mk., die Beibehaltung der Karenztage für die Krankengeldgewährung, die Möglichkeit der Verweigerung des Krankengeldes bei „unmoralischen“ Krankheiten usw. Besondere Kritik übt Redner noch an den Landkrankenkassen, die auch für die großen Städte vorgesehen sind.

Ueber „Die Versicherung der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, der Dienstboten, der unständigen Arbeiter, der im Wandergewerbe beschäftigten Personen und der Hausgewerbetreibenden“ sprach der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse für Kaufleute in Berlin, Alb. Kohn. Durch die Ausnahmebestimmungen, welchen die erwähnten Arbeiter unterworfen werden, würde das Gefühl der Ungleichheit zwischen den Stadt- und Landarbeitern noch erhöht. Sehr kompliziert sind die Bestimmungen über die Versicherung der Hausgewerbetreibenden.

Hierauf sprach der Redakteur der „Krankenkassenzeitung“, Sydow-Berlin, über „Die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten und das Spruchverfahren“. Redner erörtert eingehend die Stellung der Unfallverletzten, welche länger als 13 Wochen erwerbsunfähig sind usw. Hinsichtlich des neugeordneten Spruchverfahrens meint er, daß es geeignet sei, daß Vertrauen in die deutsche Rechtsprechung noch weiter zu untergraben.

Am dritten Verhandlungstage hielt zunächst Alb. Kohn einen bedeutungsvollen Vortrag über „Die prophylaktischen Aufgaben der Krankenkassen“. Den Krankenkassen ist es bekanntlich gegenwärtig unterzagt, Aufwendungen zu krankheitsverhütenden Maßnahmen zu machen. Die Reichsversicherungsordnung bringt hier einen kleinen Fortschritt, indem sie bestimmt, daß zu solchen Maßregeln allgemeiner Art Kosten bezahlt werden können. Redner hebt die Unzulänglichkeit dieser Bestimmung hervor und setzt sodann auseinander, was alles zum Schutze der Gesundheit nötig sei. Hierbei erwähnt er die Ausgestaltung der Gewerbehygiene, Schaffung eines Reichswohnungs-gesetzes, die Säuglingsfürsorge, Errichtung von Walderholungsstätten und Volksbädern usw.

Schließlich sprechen noch Gust. Bauer-Berlin über „Die Unfallversicherung“ und Paul Starke-Dresden über „Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“. Ihre Ausführungen bewegten sich in den Bahnen der Kritik und der Forderungen auf dem letzten Allgemeinen Krankenkassenkongreß über die gleichen Fragen. Die Versammlung stimmte den Ausführungen sämtlicher Redner zu. Bemerkenswert ist noch eine Rede eines Herrn Wolf aus Meß, der sich als Vertreter der Arbeitgeber vorstellte. Er legte Wert darauf, festzustellen, daß die meisten Arbeitgebervertreter in den Massenverwaltungen mit den vorgetragenen Ausführungen der Referenten einverstanden seien. Selten finde ein harmonischeres Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern statt, als in den Massenverwaltungen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik gebe es keine Sonderinteressen.

Nachdem noch folgender Antrag von Gräf-Frankfurt a. M.

„Die Krankenkassen haben beim Abschluß von Verträgen mit den Ärzten die Forderung aufzustellen, daß alle statten-ärzte verpflichtet sind, auch den von ihnen behandelten Unfallverletzten auf Wunsch ein ärztliches Gutachten auszustellen, damit diese auch in der Lage sind, einen Kampf um die in niedrig angelegte Unfallrente zu führen.“ begründet und von der Versammlung angenommen wurde, erledigte man noch einige geschäftliche Dinge. Als geschäftsführende Kasse wurde wieder die Ortskrankenkasse Dresden gewählt. Die nächstjährige Versammlung soll in Regensburg stattfinden. A. M.

Partelle und Sekretariate.

Sekretär für Hamburg und Umgegend gesucht.

Von den Parteiorganisationen und dem Gewerkschaftskartell für Hamburg, Altona, Ottensen und Wandsbek wird zur organisatorischen und geschäftlichen Leitung der Jugendorganisation und des Arbeiterbildungswesens ein tüchtiger Sekretär gesucht. Antritt möglichst bald. Gehalt 2400 Mk., steigend jährlich um 120 Mk. bis zum Höchstbetrage von 3000 Mk. — Die Dienstjahre in der Arbeiterbewegung werden nach Uebereinkunft in Anrechnung gebracht.

Offerten sind bis zum 25. August d. J. unter „Bildungswesen“ an H. Stubbe, Hamburg 36, Große Theaterstraße 44, einzufenden.

Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen.

Mitteilungen.

Quittung

über die in der Zeit vom 15. bis 21. August 1909 bei der Generalkommission eingegangenen Unterbringungsgelder für den allgemeinen Ausstand in Schweden.

a) Von den Vorständen der Centralverbände:

Zimmerer 1000,—, Schuhmacher 2000,—, Metallarbeiter 35 000,—, Brauereiarbeiter 3000,—, Kfz-Ingenieure 150,—, Seeleute 1000,—, Gemeinde- und Staatsarbeiter 1000,—, Tapezierer 500,—, Bauarbeiter 10 000,—, Vergarbeiter 10 000,—, Kürschner 500,—, Buchdruckereihilfsarbeiter 1000,—, Gärtner 500,—, Sattler und Portefeuille 500,—, Wäcker 2000,—, Mühlenarbeiter 500,—, Kupfer Schmiede 500,— Mk.

b) Von den Gewerkschaftskartellen:

Berlin 44 100,—, darunter 600,— von der Redaktion des „Norddeutschen Volksblattes“, Grimma 140,—, Hartha 100,—, Bergedorf 325,—, Neudamm 358,90,—, Apolda 50,—, Mühlhausen i. Th. 130,—, Braunschweig 1800,—, Weißwasser 163,20,—, Grimmitzschau 200,—, Wiesbaden 325,—, Arefeld 551,65,—, Mainz 1050,—, Mannheim 700,—, Eisenach 200,—, Spener 148,—, Kaiserslautern 100,—, Eurbaben 236,65,—, Ludwigshafen 300,—, Schwerin i. M. 45,—, Breslau 2100,—, Wittenberg (Bezirk Halle) 208,60,—, Guben 320,—, Dresden 5600,—, Lieber (b. Effenbach a. M.) 15,—, Pirna 300,—, Halle a. S. 1187,60,—, Heilbronn 250,—, Möln a. Rh. 2000,—, Lage (i. Lippe) 25,—, Burgstädt 50,—, Ludenwalde 300,—, Altenburg (S.-M.) 250,—, Elberfeld 500,—, Bremerhaven 1600,—, Pulsnitz 41,—, Gera (Neuß) 800,—, Waldenburg i. Schl. 1050,—, Reichenbach i. Schl. 20,—, Arnstadt i. Th. 30,—, Hamburg 14 600,—, Osnabrück 100,—, Königsberg i. Pr. 200,—, Elmshorn 700,—, Frankenhäusen a. Kyffh. 50,—, Torgau 23,35,—, Wismar 150,—, Bielefeld 500,—, Neusalz a. S. 25,—, Peine 150,—, Nemel 55,—, Edmülln (S.-M.) 70,—, Nürnberg 3400,—, Löbau i. Sa. 200,—, Begejck 50,—, Jauer 90,—, Eldestoe 172,—, Aue i. Erzgeb. 100,—, Plauenischer Grund 500,—, Klein-Kroßenburg 20,—, Jossen 54,75,—, Cöthen 30,—, Detmold 170,—, Zeitz 205,—, Lägerdorf i. Holst. 50,—, Züterbog 50,—, Bochum 200,—, Rathenow 200,—, Höchst a. M. 100,—, Rechenheim 50,—, Münster 40,—, Hall i. Württg. 70,—, Ipehoe 200,—, Leipzig 7000,—, Ebersbach

22,—, Glauchau 425,—, Jena 300,—, Winjen a. V. 50,—, Riesth (L.-V.) 75,—, Dannau i. Schl. 100,—, Eisenberg (S.-M.) 100,—, Posen 50,—, Großenhain 225,—, Scheudis 150,—, Zittau i. Sa. 219,75,—, Cranienburg 20,—, Dessau 200,—, Punglau 388,15,—, Halberstadt 200,—, Tangermünde 73,65,—, Brandenburg a. S. 800,—, Magdeburg 3200,—, Harburg a. Elbe 1000,—, Löwenberg i. Schl. 50,—, Sameln 39,—, Pingen a. Rh. 17,30,—, Heidenheim a. d. Wz. 70,—, Niel 3930,—, Bremen 4100,—, Frankfurt a. Main 2400,—, Bruchsal 55,—, Maffel 200,—, Prate i. Ebbg. 95,—, Lambrecht 15,—, Ettendorf-Lkrilla 50,—, Leisnig i. Sa. 50,—, Erfurt 600,—, Weitzen 500,—, Hannover 4000,—, Waltershausen 20,—, Burgsteinfurt 25,—, Witten 130,—, Neumünster 550,—, Penig i. Sa. 75,—, Quakenbrück 50,—, Sonderburg 100,—, Spremberg (R.-V.) 30,—, Gotha 200,—, Neustadt i. Schl. 20,—, Deutsch-Lissa 35,35,—, Werdau 100,—, Würzburg 200,—, Eisleben 30,—, Rowawes 270,10,—, Radeberg i. Sa. 100,—, Hagen i. W. 100,—, Lauenburg a. E. 150,—, Bromberg 50,—, Döbeln i. Sa. 115,—, Trier 27,10,—, Rügeln i. Sa. 400,—, Eichersleben 59,80,—, Groß-Richterfelde 100,—, Heide i. Holst. 82,95,—, Meidingsfeld 70,—, Belten i. d. M. 50,—, Hadersleben 220,—, Remscheid 500,—, Hannover-Münden 120,—, Bonn a. Rh. 50,—, Jürth i. R. 400,—, Darmstadt 800,—, Neu-Jenaburg 150,—, Leer (Estrl.) 50,—, Reblis i. Th. 30,55,—, Hof i. B. 300,—, Mantenburg a. S. 100,—, Jlenburg 3000,—, Gomburg v. d. S. 30,—, Delmenhorst 100,—, M.-Glabach 105,—, darunter 50,— von der Partei, Görde 100,—, Verden 125,—, Bentzen (L.-Schl.) 150,—, Mendsburg 150,—, Gütersloh 159,—, Schwelm 100,—, Finsterwalde 300,—, Herford 240,—, Prenzlau 20,—, Bredstedt i. Holst. 40,—, Potsdam 150,—, Glüchtstadt 50,—, Riesa 500,—, Celsnig i. R. 170,—, Wurzen i. Sa. 129,80,—, Zwickau i. Sa. 207,—, Chemnitz 928,—, Jorit i. V. 400,—, Weizenfels 200,—, Zwinnemünde 55,—, Mezingen 35,50,—, Göttingen 200,—, Goldlauter 30,—, Parnen 200,—, Erlangen 170,50,—, Hainichen 55,—, Tirschenreuth 20,—, Stuttgart 1600,—, Augsburg 500,—, Bayreuth 119,75,—, Schwabach 75,—, Dortmund 1000,—, Schwerte (Ruhr) 25,—, Bad Tölz 40,—, Neulinghausen 60,—, Barmstedt 40,—, Husum 50,—, Langenwieser 30,—, Skatowitz 50,—, Seiffennersdorf 10,—, Schweidnitz 100,—, Minden i. W. 90,—, Rudolstadt 100,—, Treuenbrieken 10,—, Saarbrücken 100,—, Straßburg i. Elz. 320,—, Vernau 50,—, Zerbst 123,—, Neuhaldensleben 150,—, Düsseldorf 1400,—, Ronsdorf 50,—, Wittweida 655,—, Dietrichsdorf 350,—, Hildesheim 200,—, Borna i. Sa. 50,—, Geringswalde 100,—, Tiefenbach (Hessen) 30,—, Effenbach a. M. 400,—, Naden 300,—, Summersbach 30,—, Pinneberg 50,—, Rausen 210,—, München 5000,— Mk.

c) Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:

Vergarbeiter: Teuchern 25,— Mk. **Wäcker:** Apolda 10,— Mk. **Blumen-, Feder- und Blätterarbeiter:** Sebnitz 10,— Mk. **Höttcher:** Schwerin i. M. 10,—, Schulitz 33,60 Mk. **Brauereiarbeiter:** Schwerin i. M. 50,— Mk. **Buchbinder:** Tilsit 20,—, Posen 4,50, Effenbach a. M. 30,— Mk. **Buchdrucker:** Osterwieck 20,—, Groitzsch i. Sa. 10,—, Gräfenhainichen 10,—, Ipehoe 30,05, Schweidnitz 10,—, Eisenach 15,05, Bromberg 30,—, Goslar 5,—, Rauen 5,—, Heidelberg 30,05, Donauwörth 10,—, Gomburg v. d. Höhe 15,—, Gau Mittelrhein-Mannheim 100,—, Cranienburg 10,—, Grünberg i. Schl. 9,75, Nordensham 10,—, Weinböhla i. Sa. 5,80, Lissa i. P. 5,—,

Marienwerder 10,05, Hattingen 15,—, Dortmund 200,—, Plön 10,50, Remscheid 50,—, Ahrweiler 5,25, Nördlingen 10,—, Neustadt i. Sa. 9,—, Löbau i. Sa. 5,—, Seide i. Holst. 20,—, Witten 25,—, Reize 50,—, Helzen 20,05, Graudenz 10,05, Anklam 10,—, Eisenburg 10,—, Zeitz 10,—, Grabow-Ludwigslust 5,—, Greifswald 20,—, Bausen 41,10, Birkenwerder 4,—, Ebernförde 10,—, Essen (Ruhr) 300,—, Beuel a. Rhein 10,—, Münster 50,—, Solingen 35,—, Düren (Rhld.) 30,—, Ansbach 20,25, Wörs 20,—, Plankenburg a. S. 10,—, Aachen 50,—, Meiningen 10,—, Neustrelitz 12,50, Bad Nauheim 20,—, Langensalza 50,—, Leipzig 1500,—, Neurode 20,30, Gau Hannover 400,—, Buer i. W. 10,—, Oldenburg i. Gr. 50,—, Neustadt a. S. 15,— **Mt. Buch- und Steinrudereihilfsarbeiter:** Schwerin i. M. 12,— **Mark. Fabrikarbeiter:** Feschenheim 30,—, Friedrichs-ort 150,—, Obereschlema 15,—, Stettin 1000,—, Altenburg (S.-A.) 100,—, Treptow a. Rega 5,45, Götzen 17,75, darunter Verband der Maler 7,75, Oranienburg 10,—, Gransee 20,05, Marne 100,—, darunter Verband der Zimmerer 20,—, Markranstädt 150,—, Höchst a. M. 200,—, Bries (Bez. Breslau) 30,— **Mt. Gärtner:** Breslau 3,10 **Mt. Glasarbeiter:** Schliersee 20,—, Birges 70,— **Mt. Handlungshelfen:** Schroda 3,— **Mt. Holzarbeiter:** Rindburg a. W. 50,—, Offenbach a. M. 100,—, Springe 50,— **Mt. Lederarbeiter:** Düben 10,—, Belzig 3,—, Köstrath (Rhld.) 11,—, Osterwied 20,—, Lurlach 20,—, Kellinghusen 10,—, Buxbach 5,— **Mt. Lithographen:** Reichen 20,—, Schlettau i. Erzgeb. 8,— **Mt. Maler:** Rendsburg 9,50, Emden 30,— **Mt. Maschinisten und Heizer:** Meerane 30,— **Mt. Maurer:** Posen 100,—, Bergen a. Rügen 27,55, Görlik 100,—, Kolmar i. P. 10,—, Bremen 1000,—, Bergedorf 200,—, Wolfenbüttel 30,—, Gladbeck 12,35, Trier 20,—, Mühlengrund 30,—, Gadebusch 43,72, Rendsburg 100,—, Runnersdorf 30,—, Eldenburg i. Gr. 100,—, Potsdam 200,—, Grimmen i. Pommern 32,30, Stralsund 100,—, Crimmitschau 50,—, Werdau i. Sa. 40,—, Lüdenscheid 50,—, Marne 60,—, Helzen 300,—, Alstedt 15,— **Mt. Metallarbeiter:** Liegnitz 100,— **Mt. Mühlenarbeiter:** Zehdenitz 2,— **Mt. Porzellanarbeiter:** Zell 30,—, Grünhain i. Sa. 15,—, Rheinsberg 15,—, Fraureuth 20,—, Virgigt-Potschapel 50,—, Goldlauter 25,—, Weißwasser (O.-L.) 20,—, Margarethenhütte bei Bausen 40,—, Gernersheim 5,—, Reichenbach (S.-A.) 10,—, Rhympenburg 20,— **Mt. Sattler und Portefeuilier:** Vieber b. Offenbach 25,— **Mt. Schiffszimmerer:** Kiel 400,— **Mt. Schmiede:** Rostock 30,—, Stettin 200,—, Kassel 15,—, Potsdam 20,— **Mark. Schneider:** Schöningen 10,—, Bismar 10,05, Schwerin i. M. 50,—, Plön 5,—, Goslar 20,— **Mt. Schuhmacher:** Mägeln b. Leipzig 10,—, Croitzsch 50,—, Ariescht 5,— **Mt. Steinarbeiter:** Nibling 10,—, Benig-Radwitz 52,60, Mittelsteine 20,—, Demitz-Thumitz 50,—, Wünschelsburg 20,—, Striegau 150,—, Crawinkel i. Th. 20,—, Gefrees 10,—, Kaiserhammer 5,—, Hockenu-Neudorf 60,—, Salzhemmendorf (Kr. Hameln) 10,10, Göttingen 25,—, Braunschweig 25,—, Kürnbach 10,— **Mt. Steinseher:** Bafewalk 10,—, Kiel 150,—, Schwerin i. Mecklg. 10,— **Mt. Tabakarbeiter:** Rotenburg a. F. 11,70 **Mt. Tapezierer:** Thorn 5,— **Mt. Textilarbeiter:** Zwöcken a. Elster 100,—, Lennep (Rhld.) 30,—, Thalheim i. Erzgeb. 100,—, Gera 300,—, Peterswaldbau 80,—, darunter vom Sozialdemokratischen Wahlverein 30,—, Reichenbach i. Schl. 20,—, Crimmitschau 115,50, darunter vom Senefelder Bund 15,—, Rottbus 500,—, Plauen i. B.

100,—, Gelenau 30,—, Barmen 1000,— **Mt. Töpfer:** Neumünster 20,—, Hirschberg i. Schl. 20,—, Königsbrück 50,—, Rosbach 5,— **Mt. Transportarbeiter:** Glogau 30,—, Hirschberg i. Schl. 10,— **Mt.**

d) Von Parteiorganisationen:

Sozialdem. Verein des 18. sächs. Reichstagswahlkreises Zwickau 100,—, Sozialdem. Verein Königsberg i. Pr. 400,—, Verlag des „Volksblattes“, Offenburg i. B. 20,—, Vorstand der sozialdem. Partei, Berlin 20 000,—, Verband der sozialdem. Wahlvereine Berlin u. Umg. 5000,—, Sozialdem. Kreiswahlverein Sorau-Forst 100,—, Sozialdem. Verein Genthin-Altenplathow 15,—, Sozialdem. Verein Bremen 1000,—, Sozialdem. Verein für den 8. sächs. Reichstagswahlkreis Birna 200,—, Sozialdemokratischer Wahlverein Alt-Warthau 63,75, Viertes sächs. Reichstagswahlkreis Dresden-Neuh. 2000,—, Sozialdem. Partei, Wahlkreis Gotha 100,—, „Gothaer Volksblatt“ 25,—, Sozialdem. Verein für den 16. sächs. Reichstagswahlkreis Chemnitz 1000,—, Sozialdem. Kreisorganisation Merseburg-Querfurt 100,—, Sozialdem. Verein München 1 u. 2 1023,50, Sozialdem. Verein des 8. hannoverschen Wahlkreises 500,—, Sozialdem. Verein des 6. sächs. Wahlkreises Dresden-Land 2000,—, „Volksbote“, Stettin 642,72, Wahlverein Gießen 102,—, darunter 2,— von H. Strobel, Sozialdemokratischer Ortsverein Apenrade 91,90, Sozialdemokratischer Ortsverein Slamen b. Spremberg 10,05, Verlag „Offenbacher Abendblatt“ 194,55, von den Delegierten der Kreisgeneralversammlung in Wiesbaden 20,90, Verlag des „Lübecker Volksbote“ 1070,— **Mt.**

e) Ausland:

Georg Dimitroff-Sofia 161,20, Bundeskomitee des Schweizer Gewerkschaftsbundes 1624,20, Kroatischer Buchbinderverband, Agram 25,47, Verein deutscher Böttcher, Filiale Brüssel 25,—, Allgemeiner Arbeiterverein Genf 40,—, von den Baltischen Bucharbeitern, Riga 306,— **Mt.**

f) Sonstige Sammlungen:

Herren- und Damenschneider der Firma Fabian u. Hirsch-Berlin 10,20, Werkstatt Teichmann, Berlin, Krautstr. 48, 3,—, Vier Moabitler Buchdrucker 2,10, Gesammelt in einer Glasarbeiterversammlung in Muskau 7,50, R. F. Marburg 3,—, W. Kronshage, Derlinghausen (Lippe-Detmold) 35,—, O. Fischer-Elgersburg i. Th. 2,20, Von den organisierten Genossen in Straßburg (N.-M.) 35,—, A. Bernstein-Berlin 10,—, Schreiber u. Kindl-Dziergowitz 3,50, O. Wladert (Tischler), Higerode 5,—, F. Richter-Musikchor, Olbernhau i. Sa. 6,—, R. Weiße-Reichenbrand b. Chemnitz 26,50, Von den organisierten Arbeitern in Gera 40,—, A. Wilke, Liebenwerda 30,—, Vom Personal der Buchdruckerei der Firma Bartholdy u. Klein, Puttkamerstr. 19, Berlin 21,05, B. M. 5 10,—, M. Fischer-Plaue i. Th. 20,50, Ein Genosse-Lagow 1,—, F. Höchst-Trenja 3,30, S. Levy (Zigarrenfortierer), Halle i. W. 2,—, Vom Personal der Buchdruckerei J. Unverdorben-Or-Lichterfelde 10,05, Kautsch-Friedenau 50,—, Kollegen der Firma Otto Fischer, Berlin 6,20, Ortsverein Wald (Rhld.) 25,—, M. Schmiel, Belzig 15,20, Aus Martins Zigarrenfabrik, Kreischa 4,—, Gebt, Berlin 5,—, Arbeitende Jugend, Elberfeld 20,—, E. Hausmann-Bandsburg 3,65, Italienischer Oskar 3,05 **Mt. Bereits quittiert 164 033,84 Mt. In Summa 433 053,60 Mt.**

Berlin, den 21. August 1909.

Hermann Kube.